Einzelnummer 3 Mk.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 60.— Mk., wöchentlich 15.— Mk. In Pommerellen: monatlich 600.— Mk. polnische Währung.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 10.— Mk., von auswärts 12,50 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 30.— Mk., von auswärts 35.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3900.

Nr. 217 | Freitag, den 15. September 1922 | 13. Jahrgang

Ungleiche Kappen — gleiche Brüder.

Im Volkstag gab es gestern stürmische Auftritte. Allerdings nicht bei der Beratung der sozialdemokratischen Gesetzentwürfe über die Festsetzung von Höchstpreisen für die notwendigsten Lebensmittel. Hier hatte der Senat sein Mitglied Jewelowski vorgeschickt, der sich bei der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge damit begnügte, einige statistische Zahlen zu nennen, für deren Richtigkeit er sich selbst nicht verbürgen konnte. Es war eine andere Frage, die gestern die deutschen und polnischen Nationalisten aus dem Häuschen brachte. Die polnische Eisenbahndirektion hat bekanntlich der bisherigen Firma Stilke die Bahnhofsbuchhandlung zum 1. Oktober gekündigt und diese an eine neu gegründete Danziger Firma verpachtet, hinter der zu einem großen Teil polnisches Kapital stecken soll. Man kann darin gewiß das Bestreben Polens sehen, den polnischen Einfluß im deutschen Danzig zu stärken. Das Vorgehen der polnischen Eisenbahndirektion ist um so weniger gerechtfertigt, als in der Bahnhofsbuchhandlung bisher in reichlichstem Maße auch polnische Lektüre zum Verkauf gelangte. Wenn aber Polen schon der bisherigen Firma Stilke, die ihren Hauptsitz in Berlin hat, das Pachtverhältnis kündigte, so berührt es um so merkwürdiger, daß dann nicht wenigstens die Bahnhofsbuchhandlung den alteingesessenen Danziger Firmen, deren Pachtangebote noch zum Teil über das Angebot der polnisch durchsetzten Firma hinausgingen, zugesprochen wurde.

Die Deutschnationalen glaubten sich nun als Retter des Deutschtums aufspielen zu müssen und hatten wegen der Angelegenheit im Volkstag eine große Anfrage eingebracht. Ihr Abgeordneter Matthaei, der die Anfrage begründete, hat allerdings nicht das Recht, polnische Eroberungsgelüste in Danzig zu kritisieren. Matthaei war im Kriege der Macher der Vaterlandspartei in Danzig, die die wildesten Eroberungspläne aufstellte und die ganz Belgien, Teile von Frankreich, sowie Kurland und Livland von Deutschland annektiert sehen wollte. Man kann aber unmöglich bei einem anderen Volke verdammen, was man für das eigene Volk erstrebt. Auch führen die Deutschnationalen den Kampf um die Erhaltung des deutschen Charakters von Danzig nur mit hetzerisch-chauvinistischen Redensarten. Wenn ihr Geldbeutel in Frage kommt, dann lassen sie Deutschtum Deutschtum sein. Ihrer reaktionären Wirtschaftspolitik ist es allein zuzuschreiben, daß deutsche Arbeiter Danzig den Rücken kehren, weil sie für ihre Arbeitskraft in Deutschland besser bezahlt werden. Und unsere deutschnationalen Hausagrarier haben sich durchaus nicht durch das von ihnen mit dem Mundwerk stets so gepriesene Deutschtum abhalten lassen, ihre Grundstücke für schweres Geld an die Polen zu verkaufen. Selbst Mitglieder des Senats machten davon keine Ausnahme, wie der Abgeordnete Rahn mitteilen konnte. Soll der deutsche Charakter Danzigs wirklich aufrechterhalten bleiben, so ist vor allem notwendig, daß Danzig von diesen deutschnationalen Freunden befreit wird. Es gilt hier wirklich das Wort: Herr, schütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden werde ich mich selber schützen.

Die Deutschnationalen wurden gestern aber durch ihre Gesinnungsgenossen von der polnischen Fakultät noch weit übertroffen. Deren Vertreter Kubacz sprach ganz offen aus, daß Polen die baldige Einverleibung Danzigs erstrebe. Und wie einst der Vaterlandsparteiler Matthaei solch einen großen Appetit verspürte, daß er weite Gebiete außerhalb Deutschlands verspeisen wollte, so zeigte sich Kubacz als ein nicht weniger gefräßiger polnischer Imperialist. Mit Danzig wollte er auch gleich das gesamte Ostpreußen, dessen einzelne Teile sich erst vor zwei Jahren für den Verbleib bei Deutschland erklärt haben, für Polen annektieren. Die Vereinigung mit Polen wünschte der gute Mann gerade im Interesse Danzigs. Auch sonst war dieser polnische Chauvinist der getreue Abklatsch des gewalttätigen Alldeutschtums. Wie Wilhelm von Amerongen einst von der gepanzerten Faust faselte und seinen General Hoffmann bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk mit der Faust auf den Tisch schlagen ließ, so verlangte Kubacz, daß Danzig eine kräftige Faust auf dem Nacken zu spüren bekomme. Auch genügt ihm das bisherige nationalistische Kraftmeiertum des polnischen Vertreters in Danzig, Plucinski, nicht mehr. Er kündigte an, daß dieser jetzt von Worten zu Taten gegen Danzig übergehen werde. Mit besonderen polnischen Freundlichkeiten wurde auch der Oberkommissar des Völkerbundes bedacht. Der Abgeordnete Budzynski erklärte, daß Haking in den Konflikt wegen der Bahnhofsbuchhandlung nichts dreinzureden habe. Polen sei Herr im Hause. Auch dieses Wort klingt uns Sozialdemokraten vom alten preußischen Junkerstaat her sehr vertraut.

Diese gestrigen Verhandlungen haben den werktätigen Volksmassen wieder einmal bewiesen, wie Politik nicht gemacht werden darf. Die Nationalisten versuchen mit solchen hetzerischen Reden, ihre Volksgenossen davon abzuhalten, sich um den inneren Ausbau des Staates in demokratischer und sozialer Hinsicht zu bekümmern. Mit der Eroberung deutscher Landesteile würde für die polnischen Arbeiter ebensowenig das goldene Zeitalter anbrechen, als wie es für Deutschland gekommen wäre, wenn die Eroberungswünsche der deutschen Militaristen in Erfüllung gegangen wären. Die werktätigen Volksmassen stehen daher diesem nationalistischen Hetzertum fern. Mögen diese unter sich gegeneinander toben, soviel sie wollen. Wir wissen, daß sie alle aus demselben Holz geschnitzt sind, und der Abgeordnete Rahn hatte vollauf recht, wenn er betonte, daß der Unterschied in den polnischen und deutschen Chauvinisten nur darin besteht, daß die ersteren eine viereckige Mütze und die anderen eine runde Mütze tragen.

Preise und Löhne in Goldwährung?

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich gemeinsam mit dem finanzpolitischen Ausschuß mit der Frage der Verwendung der ausländischen Zahlungsmittel im inländischen Verkehr. Die Arbeitgebervertreter erklärten, daß sie infolge der ungeheuren Entwertung der Mark ihre Preise nicht mehr in Papiermark kalkulieren könnten, sondern einen festen Wertmesser brauchten. Von jetzt ab werde der Preis entweder in Goldmark oder in Papiermark nach einem bestimmten Devisenkurse oder aber in ausländischer Währung berechnet. Hierdurch falle das Risiko der Markschwankungen fort und die Rückkehr zur normalen Preisbildung werde ermöglicht. Von allen Seiten wurde aber verlangt, daß die Papiermark im Inlande als Zahlungsmittel erhalten bleiben müsse, sonst werde die Kaufkraft der Mark völlig vernichtet werden.

Die Vertreter der Arbeitnehmer betonten, daß auch die Löhne und Gehälter in Goldwerten berechnet werden müßten. Die Industrie erkannte dies auch an und trat der Ansicht entgegen, als ob nun auch damit die Löhne auf die Höhe der Weltmarktlöhne steigen müßten. Sie könnten nach einem Verbrauchsindex, vielleicht unter Berücksichtigung eines normalen Goldankaufspreises, festgestellt werden. Die Arbeitgeber begrüßten eine derartige Regelung, weil dadurch die fortwährenden Tarifverhandlungen fortfallen müßten. Die Beratungen über diese Frage sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

In einer einstimmig gefaßten Entschließung heißt es: Die Korrektur eingerissener Mißstände muß vor allem in der Hebung der Produktion, in der Verringerung überflüssiger Einfuhr wie überflüssigen Verbrauchs und in der nur dadurch dauernd erreichbaren Verbesserung unserer Zahlungsbilanz gesucht werden. Die erforderlichen Maßnahmen sollen tunlichst durch freie Vereinbarung der an Erzeugung und Verbrauch beteiligten Verbände erzielt werden. Die Regierung wird gebeten, die bestehenden Bestimmungen zur Eindämmung der Hamsterei mit ausländischen Zahlungsmitteln mit aller Schärfe zur Anwendung zu bringen und sie nötigenfalls zu ergänzen. Ferner wurde folgender Antrag angenommen: Im Interesse unserer wirtschaftlichen Lage ist die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses insoweit erforderlich, als die Auskunftspflicht der Kreditinstitute auf die Fälle eines eingeleiteten Steuerstrafverfahrens beschränkt wird. Hand in Hand damit hat die Aufhebung des Depotzwanges zu gehen.

Vorschläge für die Orientkonferenz.

Nach der Vertreibung der Griechen durch die Türken aus Kleinasien ist augenblicklich eine Ruhepause eingetreten. Die Türken haben bisher keinen Angriff auf Konstantinopel gewagt, sondern sich damit begnügt, die Rückgabe dieser Stadt sowie Thraziens und Adrianopels zu fordern. Die Entscheidung dürfte auf der zu erwartenden Orientkonferenz der Entente fallen, für die nun die Ententepresse die verschiedensten Vorschläge macht. So schreibt der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“, die britische Ansicht, die in dem im März gemachten Vorschlage zum Ausdruck gebracht wurde, widerletze sich nicht einem Kompromiß, der den Türken einen Gebietsteil in Thrazien geben würde. In gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet jedoch, daß die Wiedereinsetzung der Türken in Adrianopel keinerlei Unterstützung von Großbritannien erhalten werde. Einstweilen würde die Ungewißheit bezüglich der Ansicht der Alliierten die Kemalisten in ihren Forderungen ermutigen und die Folgen, nämlich Unruhen in Thrazien, Bulgarien und Serbien, könnten ernst sein. Das Recht der Balkanstaaten, auf der Friedenskonferenz vertreten zu sein, werde nicht in Frage gestellt.

Poincaré antwortete auf die letzte Note Italiens, die die Notwendigkeit der Einberufung einer Orientkonferenz betont, er sei bereit, einen Bevollmächtigten Frankreichs zu ernennen, sobald die Bedingungen der Zusammenkunft zwischen den verschiedenen beteiligten Regierungen festgelegt seien. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß die türkischen Truppen die neutrale Zone achten müßten.

Sowjetrußland als Vermittler.

In einer russischen Note aus Moskau an die Alliierten, die in London eingetroffen ist, erklärt der Volkskommissar des Aeußeren, daß Rußland sich durch keine Entscheidung, die die Alliierten treffen werden, für gebunden erachte. Die Note spricht von dem heroischen Kampf des türkischen Volkes, dem Rußland große Sympathien entgegenbringe. Schließlich enthält die Note das Angebot der Sowjetregierung, zwischen der Türkei und ihren Feinden zu vermitteln.

„Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel, daß das britische Prestige unter den Mohammedanern in den letzten Tagen einen ernsten Rückschlag erlitten habe, nicht nur in der Türkei, sondern auch im ganzen Osten. Ein neuer militaristischer Geist komme bei den Türken deutlich zum Vorschein, der freilich offen nicht so sehr gegen Großbritannien wie gegen die Griechen gerichtet sei, die von den Türken als Werkzeug Großbritanniens betrachtet würden.

Einer Reutermeldung zufolge fuhr gestern ein Bataillon Infanterie aus Malta nach Konstantinopel ab, während sich weitere britische Truppen in Bereitschaft halten. Mit dem Eintreffen dieses Bataillons wird sich die Zahl der britischen Besetzungsstreitkräfte in Konstantinopel auf sechs Bataillone Infanterie, eine Brigade Feldartillerie und ein Kavallerieregiment belaufen.

Reichskanzler Wirth gegen Krisengerüchte.

Auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag, der gestern vormittag im Herrenhaus in Berlin begann, sprach auch der Reichskanzler Dr. Wirth und betonte, daß es die falscheste Politik sei, zu glauben, die politischen Ereignisse mit Krisengerüchten begleiten zu sollen. Derartige Krisengerüchte könnten die politische Situation nur noch gefährlicher machen, als sie ohnedies ist. Die Regierung, die, im Besitz des Vertrauens der Mehrheit der Volksvertretung, die Politik verantwortlich leitet, hat zu führen. Sie schlägt einen klaren, eindeutig bestimmten Weg der Politik ein. Sollte sich herausstellen, daß sie dabei von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist, und daß diese Politik nicht zum Ziel führt, so steht es der Volksvertretung jederzeit frei, eine andere Regierung an ihre Stelle einzusetzen, die eine andere, aber ebenso klare und bestimmte Politik verfolgt; denn klare Politik ist heute unbedingt notwendig für das Reich. Die vom Präsidenten Franz v. Mendelssohn ausgesprochene Mahnung zur Besonnenheit an das deutsche Volk und an die deutsche Wirtschaft unterstrich der Kanzler:

Ziel und Leitstern der deutschen Außenpolitik ist die Verpflichtung, das deutsche Volk mit Brot zu versehen, zu kleiden und zu behausen. Erst Brot für das deutsche Volk, dann Reparationen. Dieses Wort habe überall Verständnis gefunden. Die deutsche Außenpolitik hänge ab von der wirtschaftlichen Einsicht unsrer ehemaligen Gegner. Ein Volk für sich allein könne nicht zu Zahlungen gezwungen werden, die eine ökonomische Unmöglichkeit seien. Diese Erkenntnis müsse sich in eine wirkliche Tat und in die Begrenzung der Reparationen umsetzen, sonst könnten die Völker innerlich zusammenbrechen. Die Verträge zur Heilung der Wunden Nordfrankreichs lägen durchaus in der Richtung und den bisher beschrittenen Bahnen der deutschen Außenpolitik. Es sei dauernd unsere Politik gegenüber unsern Gläubigern gewesen, das ganze Problem in die Atmosphäre der Einsicht zu steuern. Wir werden mit Geduld und ruhiger und fester Hand auch weiterhin das Steuer zu führen haben. Der Weg ist klar, es ist der Weg, den die Völker nach verlorenen Kriegen gehen müssen. Dieser Weg ist nur der Weg der harten Arbeit, und wenn es sein muß, ein Weg der harten Mehrarbeit aller Schichten.

Wels – Crispien.

Unter dieser Ueberschrift schreibt im „Populaire" vom 8. September der Chefredakteur des Blattes und Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, Genosse Paul Faure:

Wels — Crispien, diese beiden am Schlusse des Beileidstelegramms der deutschen Sozialdemokraten anläßlich des Hinscheidens von Marcel Sembat nebeneinanderstehenden Namen mögen vielleicht einigen unserer Freunde nicht besonders aufgefallen sein; zumindest mag deren volle Bedeutung nicht von allen erkannt worden sein.

Wels ist Vorsitzender der deutschen Mehrheitssozialdemokratie und Crispien ist einer der Vorsitzenden der Unabhängigen Partei. Das ist alles. Und doch, diese Kleinigkeit, daß nämlich diese beiden Männer dasselbe Telegramm unterschrieben und abgesandt haben, ist zweifelsohne eine der ersten Erscheinungen eines ungeheuren Ereignisses: die Rückkehr der sozialistischen Massen Deutschlands zur Einigung.

Es war gerade bei unserem armen und lieben Sembat ein ewiger Wunsch, eine tägliche Sorge, eine leidenschaftliche Hoffnung, die Vollziehung dieser Einigung zu erleben. Im Interesse des deutschen Sozialismus, des internationalen Sozialismus, des Weltfriedens — jenes Weltfriedens, den Sembat, ebenso wie Jaurès, fest, dauernd, endgültig zwischen Völkern und Staaten werden lassen wollte.

Auf jeder unserer Sitzungen sagte er mit einer unermüdlichen Hartnäckigkeit: „In Berlin liegt der Schlüssel der gesamten Lage."

Gespalten ließen die deutschen Proletarier den Sozialismus den größten Teil seines Einflusses verlieren.

Einig, versöhnt, werden sie die größte politische Macht im Reiche bedeuten. Und diese Macht wird sich im Sinne der Erhaltung der Republik, des Ausbaues der Demokratie und der Zerstörung der stets bedrohlichen Kräfte einer militaristischen und reaktionären Vergangenheit auswirken.

Das ist es, was die Einigung der deutschen Sozialdemokratie für uns bedeutet.

Selbstverständlich wird uns diese Einigung schwerwiegende Pflichten auferlegen. Wir werden im vollen Einvernehmen mit unseren englischen und belgischen Genossen unsere Anstrengungen verdoppeln und dafür sorgen müssen, daß die ebenso brutalen wie ohnmächtigen und verworrenen „Ausführer" des Versailler Vertrages nicht zu Bundesgenossen und Helfershelfern der deutschen Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse werden.

Wir haben bisher in dieser Richtung gewirkt. Aber nicht genügend, noch zu schwach. Ich weiß wohl, daß wir durch unsere Spaltungen zum Teil entmutigt wurden. Heute, aber nicht mehr für lange Zeit. Die sozialistischen Massen haben bereits in unserer Partei ihren einzigen wirklichen Führer erkannt, jenen, der es verstanden hat, die Wahrheit und die Größe des Sozialismus zu wahren.

Die Geldkrise in Polnisch-Oberschlesien.

Amtlich wird mitgeteilt: Im Hinblick auf die in Ost-Oberschlesien neuerdings vorgekommenen Ausschreitungen gegen die Lebensmittelverkäufer hat die polnische Presse die deutsche Regierung für den Mangel an deutschen Zahlungsmitteln im Abtretungsgebiet verantwortlich gemacht. Die polnische Presse behauptet, daß die deutsche Regierung durch das Genfer Abkommen verpflichtet gewesen wäre, Polnisch-Oberschlesien mit genügendem deutschen Geld zu versehen, dieses aber nicht getan habe. Das sei die Ursache der jetzigen Unruhen.

Diesen gänzlich unbegründeten Vorwürfen gegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß Deutschland durch das Genfer Abkommen keineswegs die Verpflichtung übernommen hat, Ost-Oberschlesien unbegrenzt mit deutschen Zahlungsmitteln zu versehen. Dies geht besonders aus Art. 310 des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 hervor, wonach die deutschen Bankniederlassungen lediglich bemüht sein sollen, die zur Deckung des Kreditbedürfnisses in Polnisch-Oberschlesien erforderlichen Mittel in demselben Umfang und nach denselben Grundsätzen wie bisher zur Verfügung zu stellen. Die deutschen Banken sind dieser Verpflichtung bisher in vollem Umfange nachgekommen, insbesondere ist die Reichsbankstelle in Gleiwitz bisher stets voll mit Zahlungsmitteln beliefert worden.

Wenn neuerdings in Ost-Oberschlesien ein Mangel an deutschen Zahlungsmitteln eingetreten ist, so ist dieser Umstand größtenteils auf Valutaspekulationen und auf das Abströmen deutscher Reichsmark nach Warschau zurückzuführen. Die polnische Presse handelt gewissenlos, wenn sie die deutsche Regierung für Machinationen verantwortlich macht, die ihrer Einwirkung völlig entzogen sind.

*

Immer wieder Unruhen in Oberschlesien. In einem Arbeiterzuge, der die Arbeiter aus dem Kreise Leobschütz in ihre Heimatdörfer zurückbringt, kam es zwischen den Arbeitern und Bahnbeamten während der Fahrt zu Streitigkeiten. Hierbei wurden einige Beamte durch Steinwürfe verletzt. Auf der Station Bauerwitz wurden, um die Täter festzustellen, von den Beamten die Türen der Waggons verschlossen. Die Arbeiter widersetzten sich dieser Maßnahme und drohten Gewalt anzuwenden. Es entstand eine Rauferei, in welche die Schutzpolizei eingriff. Als die Haltung der Arbeiter, die etwa 1000 Mann stark waren, immer drohender wurde, machte die Schutzpolizei von der Waffe Gebrauch. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei Arbeiter und eine Arbeiterin schwer verletzt.

Lassalle-Ehrung in Breslau.

Die Breslauer Arbeiterschaft ehrte am Sonntag durch Enthüllung einer künstlerisch ausgeführten Gedenktafel am Geburtshause Ferdinand Lassalles den großen Organisator der deutschen Arbeiterbewegung. Vor dem geschmückten Hause gaben die Fahnen der Parteibezirke und auch der Breslauer USP. dem Festtage, den mehr als 10 000 Menschen füllten, ein festliches Gepräge. Mit dem Oberpräsidenten für Niederschlesien, Genossen Zimmer, erschienen der preußische Staatssekretär Genosse Hoche, der demokratische Breslauer Bürgermeister Dr. Trentin und andere Vertreter der öffentlichen Körperschaften. Die Gedenkrede hielt der Herausgeber von Lassalles Reden und Schriften, Reichstagsabgeordneter Genosse Eduard Bernstein, der in frischen Worten ein lebendiges Bild von Lassalles Leistungen entwarf, jeden Personenkult ablehnte, aber auf die starke Gegenwartsbedeutung des zu früh dahingegangenen Vorkämpfers hinwies, wobei er von Lassalles Schriften das „Arbeiterprogramm" als die noch heute beste Einführung in den Sozialismus bezeichnete. Auch Stinnes ist ein Stück Verfassung", so variierte Bernstein Lassalles berühmtes Wort aus der Schrift über „Verfassungswesen". Als zweiter Redner nahm der Reichstagspräsident und Breslauer Reichstagsabgeordnete Genosse Löbe dieses Wort auf und mahnte, in der gegenwärtigen Zeit schwerster wirtschaftlicher Not den Mut so wenig sinken zu lassen, wie einst die deutschen Republikaner in der Zeit schwersten politischen Druckes. Arbeitersängerchöre umrahmten die Reden, denen ein Massenzug an das Grab Lassalles auf dem Breslauer jüdischen Friedhof folgte.

Die Anpassung der Beamtengehälter.

Die erst vor wenigen Tagen vorgenommene Neuregelung der Beamtenbezüge und Gehälter der Staatsangestellten und der Löhne der Staatsarbeiter ist von den Gewerkschaften in Anbetracht der Ungeklärtheit der außenpolitischen Lage und der wirtschaftlichen Zukunft nur mit Vorbehalt angenommen worden. Die Spitzenorganisationen planen, jetzt nochmals an die Reichsregierung heranzutreten, um zunächst eine Aufbesserung der Gehälter und Löhne für September zu erwirken. Ueber die Höhe der Forderungen und den Zeitpunkt, an dem man der Regierung neue Forderungen unterbreiten will, ist unter den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften bisher noch nicht verhandelt worden. Vor Beendigung der Tagung des Deutschen Eisenbahnerverbandes in München werden die Vorstände nicht zusammentreten. Alle Meldungen bürgerlicher Korrespondenzen über die Höhe der neuen Forderungen und über den Verhandlungstermin sind daher unzutreffend.

Im Reichsfinanzministerium beschäftigt man sich augenblicklich mit der Frage der Neuregelung der Grundgehälter. Der ständige Ueberwachungsausschuß des Reichstages hatte bei der Verabschiedung der letzten Gehalts- und Lohnregelung den Wunsch geäußert, die prozentuale Erhöhung der Teuerungszuschläge zu beseitigen. Verhandlungen mit den Organisationen über diese Frage werden in den kommenden Tagen stattfinden.

Falsche Gerüchte über Oesterreich.

Im Nationalrat trat der Bundeskanzler den Gerüchten von einem drohenden Bankerott oder einer Bolschewisierung Oesterreichs entschieden entgegen und bezeichnete weiter die immer wiederkehrenden Gerüchte von einer Aufteilung Oesterreichs als leeres Gerede.

Der Buchdruckerstreik ist beigelegt. Die Zeitungen erscheinen am Freitag wieder.

Deutsche Volkspartei und sozialistische Einigung. Die preußische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei tritt bereits am 22. September zusammen, während der Landtag erst zum 27. September einberufen ist. Soweit bisher bekannt, ist diese vorzeitige Einberufung der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei mit einer Stellungnahme zur Einigung der Sozialdemokratie und der damit eintretenden verstärkten Einwirkung der Sozialisten auf das Koalitionsverhältnis begründet. Vorläufig bleibt die Frage offen, ob die Volkspartei unter den eintretenden veränderten Verhältnissen sich weiterhin an der preußischen Regierungskoalition beteiligen wird.

Landtagsauflösung in Sachsen. Der sächsische Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung den Antrag des Rechtsausschusses auf Auflösung des Landtags mit 49 gegen 30 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Der Präsident schloß die Sitzung mit der Erklärung: „Der Landtag ist aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 5. November statt." — Mit den bürgerlichen Parteien stimmten auch die Kommunisten für die Auflösung.

Gegen den Ausverkauf. Das braunschweigische Staatsministerium hat dem „Berl. Lokalanz." zufolge die Landespolizeibehörden angewiesen, mit aller Rücksichtslosigkeit gegen den Ausverkauf der Geschäfte an valutastarke Ausländer vorzugehen. Es ist dabei vor allem an ein Verbot des Kleinverkaufs an Ausländer gedacht, soweit er nicht zur Deckung des augenblicklichen Bedarfs dient.

Der Sprung in die Welt

19 **Ein Jungarbeiterroman von Artur Sickler.**

Unter Wunden an der Straße von Hamm liegen zwei Dörfer. Lange Wege, an dunklen Bäumen vorbei, führen zu den Pforten. Das Tor des Nonnenklosters war verschlossen bei den Mönchen aber wurde ihnen geöffnet, und ein stillum schöner Mann gab den Freunden Milch und weißes Brot. Während sie aßen, klang eine Orgel zu diesem Mannesgesang, ein Hauch weltfremden Friedens umwehte sie und machte sie still. Hans dachte, ob wohl auch für ihn einmal eine Zeit kommen würde, da er sich nach einem solchen Haus und so frommer Gemeinschaft sehnen müßte, wo er singend und auf Gott schauend das Ende seiner irdischen Tage erwarten könnte. Das waren die Gedanken, die von diesen Mauern ausströmten: das Leben liegt wie ein Traum. Es war eine Gebärde, die sich selbst nicht kennt. Im Nebenraum sprach eine hohe Männerstimme langsam und leise:

> Was ist einer, was ist einer nicht?
> Eines Schattens Traum ist der Mensch
> Doch wenn ein Strahl von Gott auf ihn fällt
> dann ist ein heller Glanz um den Mann
> und ein seliges Leben . . .

Noch nach schwangen diese Worte in Hans nach, sie mischten sich zwischen den Sonnenstrahlen, die auf den Feldern lagen, zwischen den grünen Bäumen und klangen aus den Abendgebeten.

Die Landschaft veränderte sich. Wie Titanen, die sich aus der Erdkruste herausbrachen, tauchten Hochöfen auf, ruhige Wälder von schwarzem Gewölk, Fördertürme, auf denen die Zechenadler kreisten, Schachthäuser mit singendem Gestänge. Hohe Zeitmauern standen im Land und reichten sich kilometerlange Kerben zu, gefüllt mit Kohle und Erz. Holperige Geleise eilmasten durch die Felder, rote Kolonniehäuser lösten die Geleise ab. Hamm, die schwarze Stadt, rückte heran und brüllte mit Dampfsirenen den Wanderern entgegen. Trostlose, häßliche Straßen nahmen sie auf, umfraßen sie: hier müßt ihr bleiben und euren Schweiß lassen, arbeitet oder hungert! Eine graue Schicht legte sich über alles, über Steine und Gerät, über Gesichter und Seelen. Hier höhnte und ächzte alles mit müder Erregtheit, das Eisen und die Menschen, die ineinander vernietet waren und sich ohne Maß und hoffnungslos hassen mußten.

Es denkt, daß der Weg zum Himmel ein schmaler, die Straße zur Hölle eine breite sei — breit ist die Chaussee, die aus der Stadt hinaus nach den Zechen Maßbod und de Wendel führt. Wie langleibige Raubkatzen liegen die Zechengebäude vor den Schächten, die sie auswühlen, und fauchen aus ihren Essen funkende Glut. Die der Erde entrissene Kohle häuft sich zu Bergen und wandert rastlos in das Land hinaus.

Hans und Rudi stellten sich bei der Arbeiterannahme. Der Bergbau braucht immer neue Menschen zum Verschroten. Drei Tage Tagbau, dann Einfahrt in die ewige Nacht. Doch vorerst sollten sie zur Stadt zurück zur Untersuchung des Unbilgangs. Wurmkranke wurden nicht eingestellt. Mit dem Untersuchungsschein in der Tasche traten sie den Rückweg an, mitgespült von dem schwarzen Strom der Grubenarbeiter, denn es war gerade Schichtwechsel. Der Abendschein lag auf den Kaminen, die wie blutige Götzen leuchteten. Ein riesiges Schlachtfeld, dachte Hans.

Mit einemmal riß es beide fort, sie liefen immerzu, durch die Stadt, über sie hinaus, in die Nacht hinein. Fort, nur fort!

Doch das Revier hatte sie und ließ sie nicht mehr los. Ueberall blitzten die Türme der Werke, flammten die Oefen in die Sterne hinein, von überall dröhnte und höhnte der Kampf mit den Gewalten der Erde. Müde und frierend schlotterten sie dem Tagwerden zu. Sie schämten sich ihrer Feigheit, erkannten die Unentrinnbarkeit des Schicksals und nahmen sich vor, in Dortmund E. bei zu ergreifen. Dort ist die Welt und will mit harten Händen bezwungen werden.

* * *

Arbeiterkinder tummelten sich auf den Wegen der Kolonie. An den Zäunen Gruppen von plaudernden Frauen. Das Werk rollerte und ächzte.

Eine kleine Hand griff nach Hansens Rock. Er lachte und hob das Kind auf den Arm: „Wie heißt du denn?"

„Kathrinchen . . .", piepte die Kleine fröhlich und zupfte an Hansens Krawatte. „Bist du nicht ein neuer Onkel?" Hans nickte ernsthaft. Da lief eine Frau hinzu, lächelte und sagte: „Sie schmiert sich immer an, die Deern, und hat schon eine Reihe Onkels, hauptsächlich wegen Bonbons. Sie scheinen fremd zu sein, suchen Sie jemand?"

Die Frau hieß Pierkämper, ihr Mann war Vorarbeiter auf dem Werke, und sie hatte ein Bett für zwei Mann frei. Die Freunde steckten die Beine unter einen neuen Tisch, auf dem kraftiges Essen geliebt wurde. Pierkämper war ein umgänglicher Mann, er riet ihnen, in der Kokerei zu arbeiten, wo er selbst beschäftigt war. Nach dem Abendessen gingen sie auf ihr kleines Dachzimmerchen und hockten sich ans Fenster. Ueber den Oefen loderte Flammenschein, drinnen aber rumorte, klirrte und stampfte es wie in einer Höllenküche.

Rudi lachte hellauf. „Hunde, die viel bellen, beißen nicht. Warum sind wir in Hamm eigentlich ausgerissen . . ."

„Es hat an der Luft gelegen . . ."

„Das meine ich beinahe auch. Aber laß man. Wer weiß, für was es gut war. Verachte mir die Instinkte nicht, sagt mein Vater immer. Hier werden wir ein Weilchen bleiben; denn es ist nicht gut, daß der Stiefel keine Sohle habe — und wenn wir Silber in der Tasche haben, soll das Walzen eine Freude sein. Und jetzt auf in die Betten!"

Die Bude des Obermeisters lehnte am Abhang eines alten Schlackenhügels inmitten der Werksanlagen. Ein Dutzend Arbeiter, darunter Rudi und Hans, saßen auf dem Geländer vor dem Häuschen und warteten auf den Alten. Vor ihnen tobte die Arbeitswelt. Die Oefen ragten wie die stolzen Türme einer Raubritterburg, in den Maschinenhallen schleierten gewaltige Schwungräder, eine Unzahl von Kesseln brachte mit ihrer Hitze die Luft zum Zittern, dazwischen ein Gewirr von Röhren und Gestänge, Seilbahnen, Brücken und Geländern. In Fronten hineingereiht die Hunderte schmaler Koksöfen, aus denen die weißglühende Kohle brach, übereinander fiel und in Dampfschwaden verglomm. Arbeiter sprangen vor den glühenden Haufen herum, als tanzten sie, von den Rampen polterte die Kohle in die Hängeloren und schwangen sich an bebenden Seilen zu den Hochöfen hinauf.

(Fortsetzung folgt.)

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 217 | Freitag, den 15. September 1922 | 13. Jahrgang

Die abgelehnte Beschränkung des Fleischwuchers.

Keine Festsetzung von Höchstpreisen. – Geplante Ausfuhr von Käse. – Einmalige Teuerungsbeihilfe für Rentenempfänger. – Der Zwischenhandel auf den Wochenmärkten. – Polnische Anfragen und Wünsche.

Präsident Dr. Loening eröffnete die Sitzung, worauf einige Eingaben nach den Vorschlägen der Ausschüsse erledigt wurden. Alsdann standen nicht weniger als

6 Anträge des Senats auf Aufhebung der Immunität

zur Verhandlung.

Abg. Gen. Müller macht darauf aufmerksam, daß von den Anträgen nur ein Mitglied der Blockparteien betroffen wird, alle übrigen gehören der Opposition an. Früher sei es üblich gewesen, nur dann dem Strafverfolgungsantrag stattzugeben, wenn eine Handlung vorlag, die den Angeschuldigten unwürdig machte, weiter dem Hause anzugehören. Jetzt habe sich bei den Blockparteien die Gewohnheit herausgebildet, alle Anträge auf Aufhebung der Immunität anzunehmen. Redner erklärte, daß die Sozialdemokratische Fraktion auf dem Standpunkt steht, daß zur früheren Praxis, die auch in allen übrigen Parlamenten beobachtet wird, zurückgekehrt werden muß.

Der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. Gen. Müller wurde dem Rechtsausschuß überwiesen. Der Block beschloß dann die Aufhebung der Immunität der Abg. Jewelowski und Raube. Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Schmidt und Klawschinski wurde versagt. Ein weiterer Antrag auf Aufhebung der Immunität betraf den Abg. Mau. Der Kaufmann Karl Steinbrück fühlt sich durch die Enthüllungen des Abg. Mau über das Westpr. Rote Kreuz beleidigt und hat deshalb gegen den Abg. Mau die Beleidigungsklage angestrengt. Der Rechtsausschuß empfahl dem Hause, die Genehmigung zu erteilen.

Abg. Plettner (U.S.P.) trat diesem Antrage entgegen und betonte, daß der Abg. Mau in Ausübung seines Abgeordnetenmandats gehandelt habe. Bei der Abstimmung traten die Deutschnationalen, das Zentrum und die Abg. Förster und Jewelowski für Aufhebung der Immunität ein; die übrigen Abgeordneten der Deutschen Partei stimmten dagegen. Da das Abstimmungsergebnis zweifelhaft war, wurde zur Auszählung geschritten, die die Ablehnung des Antrages mit Stimmengleichheit ergab. (Bravo! links.)

Ein Antrag der beiden Sozialdemokratischen Fraktionen auf

Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an Ren. empfänger usw.

wurde ohne Aussprache an den Sozialen Ausschuß weitergegeben.

Nunmehr standen zwei polnische Anfragen und zwar über **das Bestehen der Postkompanie** und betr. **die Herabminderung der Polizeiorgane** zur Verhandlung.

Abg. Auhuert (Pole) begründete den Antrag durch Vorlesung einer längeren Rede. Einleitend bemerkt er, daß die Anfragen in „banger Sorge um Danzigs Zukunft" gestellt seien. Die Postkompanie sei militärisch organisiert und ausgerüstet und halte regelmäßige Schießübungen ab. Am 4. August v. Js. habe die Kompanie in Alarmbereitschaft gestanden. Redner bemängelte weiter die große Zahl höherer Beamter beim Postamt 1, bei den unteren Beamten würde dagegen gespart. In der Begründung der zweiten Anfrage wies Redner auf die Note des Generals Nollet an Deutschland hin, in der die Herabminderung der Polizei verlangt werde. Militärische Vereine, die in Deutschland verboten sind, beständen in Danzig weiter. Auch die Schupo sei eine militärische Organisation. Der Oberkommissar möge sich für die Schupo und Einwohnerwehr interessieren.

Polizeisenator Schümmer entgegnete, daß die Postkompanie ein Teil der Einwohnerwehr sei. Ihre Aufgabe sei, das Postgebäude zu schützen. Die Einwohnerwehr sei mit Einwilligung der Entente gegründet worden. Von der Alarmbereitschaft am 4. August v. Js. sei ihm nichts bekannt. (Großes Gelächter! Zuruf: Daß die Schupo prügelt, ist ihm auch nicht bekannt!) Die Organisation und Ausrüstung der Schupo sei dem Oberkommissar bekannt. Von Maßnahmen des Völkerbundes betr. Herabminderung der Schupo sei nichts bekannt.

Besprechung der Anfragen wurde nicht beantragt, die Angelegenheit war damit erledigt.

Den Ankauf von Wochenmarktartikeln durch Zwischenhändler

betraf eine Große Anfrage der Deutschen Partei.

Abg. Hallmann (Dt. Pt.) schilderte das wüste Treiben auf den Wochenmärkten, wo durch den Aufkauf der Waren durch Zwischenhändler die Waren unnötig erheblich verteuert werden. Durch die Polizeiverordnung, die das Aufkaufen der Waren vor 9 Uhr morgens verbietet, ist eine kleine Aenderung eingetreten. Eine Verbilligung der Waren wurde jedoch nicht erreicht.

Regierungsrat Poll antwortete als Vertreter des Senats, daß die Polizei angewiesen sei, für strikte Beachtung der Polizeiverordnung zu sorgen. Nicht nur die Märkte, sondern auch die Zufahrtsstraßen werden überwacht. Es seien auch bereits Bestrafungen von Händlern erfolgt. Es habe sich jedoch herausgestellt, daß die Zufuhren zum Markt geringer geworden sind. Es sei in Aussicht genommen den gewerbsmäßigen Aufkauf bis 11 Uhr vormittags zu verbieten.

Die Verschiebung der Bahnhofsbuchhandlung an eine polnische Firma

behandelten zwei große Anfragen, die von der Deutschen Partei und von den Deutschnationalen gestellt waren.

Abg. Matthaei (Dntl.) wies darauf hin, daß durch den Uebergang der Bahnhofsbuchhandlungen in polnische Hände der polnische Einfluß in Danzig verstärkt werden soll. Die Ausschreibung sei nur ein Scheinmanöver gewesen. Die polnische Firma „Ruch" habe auch die Bahnhofsbuchhandlungen in dem polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens übernommen, ihre erste Maßnahme sei gewesen, die deutschen Zeitungen zu entfernen. (Zuruf des Abg. Kubacz: Das war sehr richtig!) Als Redner darauf hinweist, daß die Uebernahme der Buchhandlung durch eine polnische Firma gegen die Entscheidung des Oberkommissars vom 5. September verstößt, wurde die gesamte polnische Fraktion sehr unruhig, drängte sich um das Rednerpult und unterbrach den Redner oft durch lärmende Zwischenrufe. Es kam zu stürmischen Auftritten. Weiter rügte Redner die Unregelmäßigkeit im Vorortverkehr und die polnischen Aufschriften im Eisenbahnverkehr.

Abg. Epsich (Dt. Pt.) appellierte vergeblich an das Ehrgefühl der Polen. Derartige Winkelzüge seien der polnischen Nation unwürdig. Danzig sei eine deutsche Stadt und deshalb die Forderung nach Beibehaltung der deutschen Bahnhofsbuchhandlung berechtigt.

Briefe, die verloren gehen?

Senator Runge gab Kenntnis von den Maßnahmen des Senats, um die Ueberantwortung der Bahnhofsbuchhandlung an die polnische Firma zu verhindern. Große Heiterkeit löste die Mitteilung aus, daß ein Schriftstück des Oberkommissars, das die Aufschiebung der Zuschlagserteilung fordert, bei den polnischen Behörden verlorengegangen ist! Redner hofft, daß durch das Eingreifen des Oberkommissars die Angelegenheit für Danzig günstig erledigt wird.

Abg. v. Budzynski (Pole) erklärte, daß die Eisenbahnverwaltung Herr in ihrem Hause sei. Der Oberkommissar werde nichts ausrichten.

Abg. Kubacz (Pole), der stets mit krankhaftem Fanatismus die Interessen Polens vertritt, erregte durch seine Ausführungen erneut heftige Auftritte. Das Vorgehen der polnischen Eisenbahndirektion sei völlig berechtigt. Die Danziger dürften von der polnischen Regierung nicht mit Sammethandschuhen angefaßt werden. Mit Danzig könne man nur verhandeln, wenn es eine kräftige Faust über sich fühlt. (Großer Lärm.) Danzig erstrebe die Wiedervereinigung mit Deutschland. Richtiger sei es, Danzig und Ostpreußen mit Polen zu verbinden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Rahn (K.) machte den Vorschlag, neben der polnischen noch eine deutsche Buchhandlung auf dem Bahnhof zu errichten. Die Abgeordneten Matthaei und Kubacz seien aus einem Holz geschnitzt. (Abg. Matthaei bedankt sich in einem Zuruf dafür. Große Heiterkeit.) Redner weist dann darauf hin, daß die deutschnationalen Hausbesitzer, insbesondere in der Langgasse, ihre Grundstücke an Polen verkaufen. Von den vielen polnischen Banken in Danzig zahle nicht eine Einkommensteuer. Um den deutschen Charakter Danzigs zu wahren, sei es notwendig, der Bevölkerung die Lebensmöglichkeit zu sichern. (Zustimmung links.)

Das Haus beschäftigte sich nun mit dem sozialdemokratischen Antrag betr.

Höchstpreise für Fleisch- und Wurstwaren

und dem kommunistischen Gesetzentwurf über **Schutz der Bevölkerung vor Fleischwucher.**

Abg. Plettner (U.S.P.) erstattete den Bericht des Wirtschaftsausschusses. Ein Ausfuhrverbot für Fleisch und Vieh sei vom Senat abgelehnt worden. Auch die Zwangswirtschaft für Fleisch lehne der Senat ab mit der Begründung, daß Danzig nicht so viel Fleisch produziere, als wie es zu seiner Ernährung gebraucht. Der Vorschlag, durch Aufhebung der seuchenpolizeilichen Vorschriften die Einführung von Vieh zu erleichtern, sei ebenfalls abgelehnt worden, weil sonst Deutschland die Einfuhr von Freistaatvieh verbieten würde. Der Wirtschaftsausschuß habe sowohl den sozialdemokratischen Antrag als auch den kommunistischen Gesetzentwurf abgelehnt.

Abg. Gen. Klopowski

führte aus, daß in den letzten Wochen eine Verfünffachung der Preise eingetreten ist. Durch die fortgesetzten Preissteigerungen wird eine große Gefahr für die Bevölkerung heraufbeschworen. Die Sozialdemokratische Partei hat Mittel und Wege gesucht, der Teuerung entgegen zu treten. Sie hat deshalb den Antrag gestellt, die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch sicherzustellen. Man kann stets die Wahrnehmung machen, daß der Senat alle Wünsche der Händler und Produzenten voll erfüllt. Die Preisfestsetzungen werden stets den Interessenten überlassen, anstatt den Wucherforderungen entgegenzutreten. Bei Milch und Butter haben wir jetzt erst wieder die Erfahrung machen müssen. Die Notschreie der Bevölkerung werden nicht beachtet, weil im Senat die Drahtzieher der Auswucherung sitzen. Als der Dollar auf 2000 stand, wurden die Fleischpreise dementsprechend erhöht. Der Dollar ist inzwischen wieder heruntergegangen, die Fleischpreise jedoch nicht, im Gegenteil, sie sind noch weiter gestiegen. Anträge der Spitzenorganisation, durch die der Wucher eingeschränkt werden könnte, werden vom Senat mit nichtssagenden Redensarten abgelehnt. Unter der Zwangswirtschaft war es möglich, daß auch die ärmere Bevölkerung ein Stück Fleisch oder Wurst kaufen konnte. Jetzt, im Reichen der freien Wirtschaft, ist das nicht mehr möglich. Nicht deshalb, weil nichts da ist, sondern infolge der hohen Wucherpreise. Einen unheilvollen Einfluß auf die Fleischpreise üben die Großfleischer aus. Sie erhalten 10 Prozent Provision vom Verkaufspreis eines jeden Tieres, und haben darum Interesse an möglichst hohen Fleischpreisen. Der Senat kann, wenn er will, den Wucher bekämpfen. Kritik verdient auch die Danziger Rechtsprechung, die in der Wucherbekämpfung gänzlich versagt. Es ist beschämend, daß die Danziger Bevölkerung von ihren eigenen Stammesgenossen so schmählich ausgebeutet wird. Darin besteht eine ernste Gefahr für das Deutschtum in Danzig. Die Sozialdemokratische Fraktion wird ihre Stellungnahme zu den neuen Steuergesetzen von einem Vorgehen des Senats gegen den Lebensmittelwucher abhängig machen.

Senator Jewelowski erklärte, daß ein Ausfuhrverbot für Fleisch nicht erlassen werden könnte, weil fast neun Zehntel des Danziger Fleischverbrauchs aus Polen stammt. Redner teilte weiter mit, daß er mit Interessenten verhandle, um der Danziger Bevölkerung verbilligten Käse zuzuführen. Dafür soll dann ein Teil des Käses zur Ausfuhr freigegeben werden. Der Senat habe alles getan, was in seinen Kräften stand, um der Teuerung abzuhelfen.

Abg. Raube (K.) betonte, daß der Freistaat genügend Fleisch produziere, um die Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen. Das Freistaatvieh würde jedoch nach dem Auslande verschoben. Senator Karow habe selbst zugegeben, daß der Käse verschoben wird. Großes Aufsehen erregte die Mitteilung, daß der deutschnationale Senator Blehm-Plessa sein Grundstück in Schweiz an einen Polen verkauft habe.

Abg. Mau (U.S.P.) erklärte, daß die Teuerung zum größten Teil durch die Entwertung der deutschen Mark verursacht sei. Durch Erfassung der Sachwerte könnte die Kreditfähigkeit der deutschen Mark wieder gehoben werden. Er richtet an den Senat die ernste Mahnung, gegen den Preiswucher vorzugehen, weil sonst Hungerkrawalle nicht zu verhindern wären. Es bestände schon jetzt ein gespanntes Verhältnis zwischen den Händlern und Produzenten und den Verbrauchern.

Die Aussprache war damit beendet. Die namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung von Höchstpreisen für Fleisch- und Wurstwaren ergab die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Das Haus vertagte sich auf nächsten Mittwoch.

Die neueste Gestalt der Unfallversicherung.

Gezwungen durch die fortgesetzte Geldentwertung, hat die Unfallversicherung eine wiederholte Neugestaltung erfahren. Sind schon ohnehin die Einrichtungen dieses Zweiges der sozialen Versicherung sehr verwickelt, so sind sie durch die vielfachen Aenderungen nur noch komplizierter geworden. Ein kleiner Wegweiser dürfte daher angezeigt erscheinen.

Der Versicherungspflicht unterliegen nach wie vor die Arbeiter ohne Rücksicht auf ihren Verdienst, und wenn dieser infolge der Teuerung noch so hoch steigt. Dahingegen sind die Betriebsbeamten, Werkmeister usw. nur der Versicherung unterworfen, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst eine gewisse Grenze nicht übersteigt. Diese ist zuletzt auf 150 000 Mark festgesetzt worden.

Die Unfallrenten berechnen sich bekanntlich nach dem Jahresarbeitsverdienst, den der Verletzte zur Zeit des Unfalls bezog, und nach dem Maße der Erwerbsunfähigkeit. Der Jahresarbeitsverdienst kommt aber nicht voll zur Anrechnung, sondern von einer bestimmten Grenze an nur zu einem Drittel. Diese Grenze betrug bei Einführung der Reichsversicherungsordnung 1800 Mark. Sie wurde im April 1922 auf 36 000 Mark erhöht. Der Jahresarbeitsverdienst von 30 000 Mark kommt für Unfälle nach dem 31. Dezember 1921 voll, mit dem überschießenden Betrag also nur zu einem Drittel zur Berechnung. Hat ein Verletzter also z. B. einen Jahresarbeitsverdienst von 60 000 Mark erreicht, so wird ihm der überschießende Betrag von 24 000 Mark nur mit 8000 Mark angerechnet, so daß seiner Rente nur ein Jahresarbeitsverdienst von 44 000 Mark zugrunde gelegt wird. Hiervon wird nun erst wieder die „Vollrente" berechnet, die zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes beträgt, also in diesem Falle rund 29 000 Mark. Ist der Verletzte aber nicht gänzlich arbeitsunfähig, sondern nur teilweise, so erhält er einen entsprechenden Teil der Vollrente. Beispielsweise wird der Verlust eines Auges je nach Beruf usw. des Verletzten mit 25 bis 33⅓ v. H. bewertet, so daß dieser etwa 7500 bis 10 000 Mark Unfallrente im Jahre erhält. Je höher bei der fortschreitenden Geldentwertung die Löhne steigen, um so ungünstiger wirkt die gegenwärtige Drittelungsgrenze von 36 000 Mark. Sie wird deshalb auch bald wieder hinaufgesetzt werden müssen.

Der Mindestbetrag des Sterbegeldes bei Tötung infolge Betriebsunfalls ist auf 1000 Mark erhöht worden. Da das Sterbegeld gemäß § 586 der Reichsversicherungsordnung ebenfalls nach dem Jahresarbeitsverdienst berechnet wird und den 15. Teil beträgt, so wird auch das Sterbegeld infolge der Heraufsetzung der Grenze des voll anrechnungsfähigen Jahresarbeitsverdienstes im allgemeinen wesentlich erhöht.

Eine wesentliche Ausgestaltung haben die Teuerungszulagen zu den Unfallrenten erfahren. Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung bleibt der bei der erstmaligen Rentenfestsetzung ermittelte Jahresarbeitsverdienst für die ganze Rentenbezugszeit bestehen. Die Einrichtung wurde aber unhaltbar, denn die in der Vorkriegszeit festgesetzten Renten wären heute lächerlich gering und könnten zu den Lebensunterhaltungskosten in gar keinem Verhältnis. Man führte deshalb die Zulagerenten oder „erhöhten Renten", wie das Gesetz sie nennt, ein, die zunächst nur solchen Rentenempfängern zu gewähren waren, die 50 v. H. oder mehr von der Vollrente erhielten. Diese Vorschrift ist durch das Gesetz vom 3. Juni 1922 dahin erweitert worden, daß Anspruch auf die Zulagerente auch Verletzte haben, die eine Unfallrente von 33⅓ oder mehr v. H. der Vollrente erhalten. Die Zulage besteht in dem Betrag, um den die Rente hinter der Höhe zurückbleibt, die sie hätte, wenn sie nach einem bestimmten im Gesetz festgelegten Mindestjahresarbeitsverdienst berechnet wird. Nun hat man jetzt zwei solche Mindestbeträge eingeführt: erstens für Verletzte, die eine Rente von 33⅓ bis 49 v. H., und zweitens für solche, die eine Rente von 50 v. H. und mehr beziehen. Für erstere ist der Betrag niedriger festgesetzt.

Als Jahresarbeitsverdienst gilt nunmehr nach dem neuesten Gesetz bei Berechnung der erhöhten Verletztenrente [illegible] der als solcher eine oder mehrere [illegible]

Renten bezieht, deren Hundertsätze zusammen die Zahl 50 nicht erreichen, falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden war, der Betrag von 2000 Mark, falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst einer landwirtschaftlichen Arbeiterin festgesetzt worden war, der Betrag von 1500 Mark. Im übrigen", das heißt für die gewerbliche Unfallversicherung allgemein und für landwirtschaftliche Betriebsbeamte und Hausarbeiter beträgt der Betrag von 1500 Mk. Bei Berechnung „anderer" erhöhter Renten, also bei solchen, die einzeln oder zusammen 50 v. H. erreichen oder übersteigen, gelten in denselben Gruppen die Mindestjahresarbeitsverdienste von 1500, 2000 und 2400 Mark. Nach diesen Grundbeträgen muß die Rente berechnet werden. Es erhalten also die Unfallrente zunächst Unfallverletzte leichter, die wenigstens 20 v. H. erwerbsbeschränkt sind, sodann aber auch die Empfänger von Hinterbliebenenrenten, die Witwen- und Witwerrenten, sowie Angehörigenrenten.

Die neuen Bestimmungen werden für die Zeit nach dem 30. Juni 1922 gewährt. Sowohl die Renten in der gewerblichen Unfallversicherung, sowie die Hinterbliebenenrenten auf Grund der neuen Bestimmungen verdoppelt werden, wird den Rentenempfängern von den Berufsgenossenschaften nur ein formloses Benachrichtigungsschreiben zugestellt. Alle andern Bestimmungen und Einrichtungen der Unfallversicherung sind dieselben geblieben. Bringen die neuen Gesetze den Rentenempfängern auch einige Erhöhungen ihrer Bezüge, so darf nicht vergessen werden, daß es sich auch diesmal wieder um ganz unzulängliche Notbehelfe handelt, die durch die inzwischen weiter fortgeschrittene Geldentwertung schon längst wieder überholt sind. Es muß deshalb unbedingt schon wieder eine neue Aufbesserung vorgenommen werden. Friedrich Sierk.

Der rätselhafte Schiffsuntergang.

Der polnische Dampfer Adler lief am 1. August mittags im Fischhafen in Neufahrwasser plötzlich ohne sichtbaren Grund. Das Bergamt hatte sich bereits am 12. August mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Verhandlung wurde vertagt, um noch nähere Feststellungen über den Zustand des Schiffes bei und nach der Hebung zu machen. Gestern wurde die Verhandlung fortgesetzt. Nach der Aussage des Schiffsbaumeisters Zendzik wurde das Schiff nach 1½ Tagen gehoben und ausgepumpt. Das Schiff blieb nach seiner Hebung auf dem Wasser schwimmen, ohne wesentlich Wasser zu nehmen. So rätselhaft es gesunken ist, ebenso rätselhaft blieb es jetzt auf dem Wasser. Nach vier Tagen wurde die Reparatur des Schiffes auf der Werft begonnen. Zunächst wurde der Schiffsboden gereinigt. Auf ihm hatte sich ein Ueberzug von Zement und Seitlingen gebildet. Das Schiff war mit 8½ Tonnen Zementsteinen beladen. Als diese Masse entfernt war, trennte plötzlich auch der Schiffsboden Wasser und Schiff. Nun war die Ursache des Untergangs gefunden. Es Steine waren falsch und zum Teil entfernt. Ferner hatte der Schiffsboden Beulen. Wann die Einbeulung geschehen ist, ließ sich nicht feststellen. Die Schiffsbesatzung hat nichts von einem Stoß und einer Erschütterung bemerkt. Der Spruch des Seeamts gibt dahin: Eine unbedingte Klarstellung der Ursache des Untergangs des Dampfers Adler war nicht möglich. Der Verschluß muß durch offen der Steine geschehen. Die Steine sind vermutlich durch die Verbeulung abgeschlagen. Vom Schiffsboden aus ist Wasser ins Innere eingedrungen, das von dem Zementsteinen aufgelegen wurde. Dadurch ist die Last des Zementsteins von 8½ Tonnen erhöht worden. Die Stabilität des Schiffes ist allmählich erschüttert und überschritten worden, so daß der Dampfer plötzlich sinken mußte. Ein Verschulden der Schiffsleitung ist nicht nachweisbar.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Danzig-Dirschau wird vom 20. September durch ein Triebwagenpaar erweitert und zwar ab Dirschau 7,18 Uhr vormittags, an Danzig 7,58 Uhr vormittags, ab Danzig 8,16 nachmittags, an Dirschau 8,47 Uhr nachmittags. Die Triebwagen halten auf den Zwischenstationen nicht. Ferner wird vom selben Tage an der Personenzug 150 um 7,50 Uhr vormittags von Hohenstein abgelassen, er trifft 8,16 Uhr in Danzig ein.

Amtlicher Dolmetscher. Der Justizobersekretär Dobiat von der hiesigen Staatsanwaltschaft ist für die Justizbehörden des Freistaates als russischer Dolmetscher gerichtlich vereidigt worden.

Unaufgeklärter Leichenfund. Eine weibliche Leiche wurde am Krebsmarkt gefunden. Es handelt sich um eine 20—30 Jahre alte Frau, die mit einer blau und rot karierten Bluse bekleidet war. Einige Tage vorher wollen Straßenpassanten des Nachts beobachtet haben, daß jemand am Krebsmarkt in die Radaune sprungen ist. Anscheinend handelt es sich um eine fremde Person. Die Tote ist nach der Wiesel geschafft worden.

Dampferzusammenstoß. Auf der Reise von Stettin mit Stückgütern nach Hamburg ist der deutsche Dampfer „Ferdinand" in der Tiefe bei Tarnaudi im Nebel mit dem Dampfer „Heinrich" der nach Danzig bestimmt war, in Kollision geraten. Der erste Dampfer erlitt glatten Schotten. Von einzelnen Schäden des Dampfers „Heinrich" ist bisher nichts bekannt.

Die Seebadeanstalten in Westerplatte werden am Freitag, den [illegible] geschlossen. Die Saison hat [illegible] gedauert. Es waren [illegible] bis zum 10. [illegible] 1922 von den Seebadeanstalten, [illegible] von den Strandkorbvermietern [illegible] der Kurverwaltung abgeholt.

Zeitungsmarder. Die Zeitung ist [illegible] Papierzeichen am Lieferobjekt geworden. [illegible] Tagen, den 5. 9. Jahre [illegible] in denen [illegible] Versuch werden Klagen [illegible] Sie [illegible] über das Verbote in der [illegible] [illegible] Zeitungsgeld einen [illegible] [illegible] Sammelstelle [illegible] auch auf dem Briefkasten [illegible] der [illegible] [illegible] Es sind alle [illegible] den Zeitungsmarder zu erfassen. Am Abend [illegible] Zeitung [illegible] vor der Tür aus dem Briefkasten [illegible] [illegible] Zeitungsgeld [illegible] Die Zeitung ist [illegible] Zeitungsmarder [illegible] Zeitung [illegible] Zeitungsmarder [illegible] Zeitung [illegible] Zeitungsmarder [illegible] Zeitung [illegible] das [illegible] einer [illegible] zu einer Verurteilung kommt.

denn die Zeitung ist für Unbefugte eine fremde, bewegliche Sache, deren rechtswidrige Wegnahme aus fremdem Gewahrsam als ein glatter Diebstahl anzusprechen ist.

Ohra. In der gestrigen Gemeindevertreter-Sitzung wurde der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1922 weiter behandelt. In der vorigen Sitzung hatte Gen. Brill ausgiebig dazu Stellung genommen und an verschiedenen Vorgängen scharfe Kritik geübt. Der Gemeindevorsteher hatte in seiner Antwort viel zugestehen müssen, so u. a., daß ein Gemeindeschöffe Geld einkassiert hatte, dieses aber erst auf Anfordern zurückerstattete, ein Gemeindevertreter, der Mitglied der Wohnungskommission war, sich von einem Mieter für unberechtigtes Beschaffen einer Wohnung 100 Mk. hatte zahlen lassen, daß einer im Armenhaus eingelieferte Obdachlosen 820 Mark verschwunden sind u. a. Trotzdem der Gemeindeschöffe Turski in der vorigen Sitzung wegen der Armenbaukangelegenheit auch nicht im geringsten angegangen war, fühlte er sich gezwungen, sein Amt als Leiter des Armenwesens niederzulegen. Der Gemeindevorsteher beantragte Herrn Turski das Vertrauen auszusprechen, damit er sein Amt weiterführt. Es entspann sich nun über die Armenbaukangelegenheit eine erneute Aussprache, bei der festgestellt wurde, daß zwei im Armenhaus tätige Personen angeklagt waren, sie aber wegen Mangel an Beweisen freigesprochen wurden und daß Frau Rektor Bohl mit einer der Angeklagten am Tage vor Stattfinden des Verhandlungstermins mit dem amtierenden Richter gesprochen haben. Dem Schöffen Turski wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Einzelne Ausgabeposten, so hauptsächlich der Armenetat, wurden erhöht und verlangt, daß die Hundertsteuer- und Lustbarkeitssteuerordnung neu geregelt wird. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, beim Kreise zu beantragen, daß die Gemeinde Ohra von den Mitteln, die der Kreis aus dem Lotterie-Spielklub erhält, 50 Prozent bekommt, ebenso ein Antrag an den Senat, die Schulbauneubauangelegenheit in anderer Weise zu behandeln wie bisher. Der Voranschlag schließt ab mit einer Einnahme und Ausgabe von 5 866 725 Mark. Die Gebäude- und Grundsteuer beträgt 800 Prozent. Die Gewerbesteuer 1. Klasse 1000, 2. Klasse 700, 3. Klasse 400 Prozent. Die Betriebssteuer 200 Prozent. Dem Antrage der Kreissparkasse, die von ihr erliehenen Gelder mit 6 Prozent zu verzinsen, wurde zugestimmt. Zum Armenpfleger für den 10. Bezirk, Neuer Weg, wurde Herr Theodor Bener als sein Stellvertreter Herr Alfred Wessel gewählt.

Sozialdemokratische Partei Danzig.

Freitag, den 15. September, abends 7½ Uhr, in der Handels- und Gewerbeschule, An der Gr. Mühle, Zimmer 1,

Gemeinsame Sitzung

der Vertreter von Danzig-Stadt, der Bezirksvorstände und der Stadtverordnetenfraktion.

Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Der Landesvorstand.

Aus dem Osten.

Elbing. Wegen Verleitung zum Meineid wurde eine geschiedene 39 Jahre alte Arbeiterfrau Anna B. von der Strafkammer zu einem Jahre Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Angelegenheit ist, wie schon so oft, aus ganz nichtigen Ursachen, und zwar aus einer Privatklagesache, entstanden. Im Vorjahre stand die B. mit ihrem Ehemann in Ehescheidung. Sie hatte nun eine andere Arbeiterfrau im Verdacht, daß diese mit ihrem Ehemann Beziehungen unterhielt. Darüber kam es nun zu Tätlichkeiten. Bei der polizeilichen Vernehmung trat die B. an eine Frau, die der Prügelei beigewohnt hatte, heran, daß sie vor Gericht sagen sollte, sie wisse von nichts und wäre taubstumm. Dafür wollte die B. ihr ein Pfund Speck bringen. Die Strafkammer kam trotz mildernder Umstände, weil die B. in Eifersucht gehandelt habe, zu obiger Strafe.

Elbing. Drei Väter unehelicher Kinder sollten sich am Montag vor dem Elbinger Schöffengericht verantworten, weil sie sich ihrer Unterhaltspflicht entzogen. Nur einer war erschienen, der eine Woche Haft erhielt. Diese Strafe wurde mit zweijähriger Bewährungsfrist unter der Bedingung ausgesetzt, daß er die Wochenkosten sofort regelmäßig zahlt und auch die Rückstände im Betrage von 200 Mark leistet. Gegen die beiden andern wird das Gericht einen Haftbefehl erlassen.

Christburg. Die Schweine abgeschnitten wurden nachts auf dem Rittergut Gorken 28 Pferden und 8 Fohlen. Ein ähnlicher Tiebstahl soll auf dem Gut Kl. Liebenau vorgekommen sein.

Dt.-Eylau. Ein Mißgeschick, das großen Schaden verursachen konnte, passierte einem Fleischermeister im benachbarten Gr. Herzogswalde. Er hatte sein mit zwei fetten Schweinen beladenes Fuhrwerk in der Nähe des Teiches stehen lassen, als das Pferd Durst bekam und in den Teich fuhr. Bald verlangten Pferd und Wagen im Schlamm. Durch eine eilig mit Hilfe von Netzen und Pferden eingeleitete Rettungsaktion gelang es, das Fuhrwerk mit seiner fetten Last noch rechtzeitig aus dem Schlamm zu ziehen.

Allenstein. Schneiderstreik. In den Streik getreten sind die Schneidergesellen. Die Ausständigen fordern einen Stundenlohn von 48 Mk., rückwirkend vom 31. August bis 9. September, und erheben darüber hinaus neue Forderungen. Ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der für die vorige Woche 36 Mark, für die laufende Woche 40 Mark Stundenlohn bewilligte ist von den Streikenden abgelehnt worden.

Tilsit. Die geplante Wetterstation. Die Garnison hat die Aufhebung der Wetterstation beschlossen, da sie offenbar auch diesen Dienst für „militärisch wichtig und geheimnisvoll" ansieht.

Greifenhagen (Pommern). Ausgehobenes Waffenlager. Am Sonntag entdeckten mehrere Landarbeiter das Waffenlager der Freikorps von Steinäcker in Neuenfelde, nach dem [illegible] monatelang gesucht hatten. Die Waffen, die [illegible] Gewehren, die die Freikorps den Schimmel [illegible] [illegible] die jedenfalls [illegible] Gewehre, 2 Gurtfüller, 10 Patronenkästen, 4 Wasserkästen, 1 Reservelauf, 4 Infanteriegewehre (Modell 98), mehrere tausend Schuß Munition.

Bromberg. Raubmord. Dienstag abend wurde in einem Hause in der Bahnhofstraße ein Raubmord verübt. Man fand die Witwe Elisabeth Stieff in ihrer Wohnung in einer Blutlache liegend ermordet vor. Die Leiche wies mehrere Messerstiche an den Schläfen sowie Hammerschläge auf. Der Hammer wurde in der Wohnung aufgefunden. Er gehörte nicht zu dem Hausgerät der Stieff. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um einen Raubmord. Die Möbel und Schränke waren zwar alle unbeschädigt und die Schränke nicht erbrochen, dagegen fehlte ein Handtäschchen, das wahrscheinlich Geld enthalten hat. Wie verlautet, hatte die Ermordete, die Grundstücksvermittlungen betrieb, am Tage vorher ein für sie günstiges Vermittelungsgeschäft abgeschlossen.

Aus aller Welt.

Die Toten der „Hammonia". Nach den bis gestern eingegangenen Nachrichten sind alle an Bord des Dampfer „Hammonia" gewesenen Passagiere und Mannschaften gerettet, bis auf zehn in Spanien an Bord gekommene Passagiere und fünf Mann der Besatzung, über deren Verbleib bis zur Stunde Nachrichten fehlen.

Ein spät entdeckter Deutschenmord in Flandern. Arbeiter, die im Bahnhofsgebäude von Leupegem in Ostflandern mit dem Abbrechen eines Kamins beschäftigt waren, entdeckten unter dem Fußboden die Leiche eines deutschen Soldaten, dem der Kopf abgehackt worden war. Dieses Gebäude war von Oktober 1914 bis November 1918 von einer deutschen Bahnhofswache besetzt. Leupegem gehörte während des Krieges zum Etappengebiet der vierten Armee und zur Etappenkommandantur Audenaarde. Man ist bemüht, festzustellen, in welcher Zeit die Ermordung dieses deutschen Soldaten stattgefunden hat, um einen gewissen Anhalt für Nationalität und Person des Täters zu erhalten.

Hebung eines gesunkenen Kriegsschiffes. In Lorient (Frankreich, Südküste der Bretagne) sind zwei deutsche Dampfer eingetroffen, um die Hebung des gescheiterten Kreuzers „de Retatton" zu versuchen, der von einer Hamburger Gesellschaft angekauft wurde.

Millionen-Defraudant. In Berlin ist der 25jährige Kassenbote Karl Werner einer Bank, der den Auftrag hatte, Devisen im Werte von 6 Millionen Mark bei verschiedenen Geschäftshäusern abzuliefern, verschwunden, nachdem er nur an einer Stelle eine Million polnische Mark abgeliefert hatte, geflüchtet.

Dreihundert japanische Fischer ertrunken. Ein Telegramm aus Tokio meldet, daß in Sobe der Kurilen-Inseln 300 japanische Fischer umgekommen sind. Sie fielen demselben Sturm zum Opfer, durch den der japanische Kreuzer „Nittaka" zugrunde gegangen ist.

Am Rande des Todes. Im Ueberwachungsraum des Bahnhofs Cannstatt bei Stuttgart wurden beim Wecken durch den Nachtwächter von vier Lokomotivführern und vier Heizern aus Aalen und Nürnberg infolge Ausströmens von Gas die meisten bewußtlos aufgefunden. Ärztliche Hilfe war rasch zur Stelle und glücklicherweise von Erfolg.

Auf der Bühne verwundet. In Oldenburg ereignete sich bei der Aufführung von „Carmen" ein Unfall, bei dem die Sängerin Fräulein Erna Kauser durch Zufall von einer schweren Verwundung bewahrt blieb. Als Offizier und Sergeant (José) im zweiten Akt mit gezogenen Degen aufeinander losstürzten und Fräulein Kauser als Carmen sich dazwischenwarf, wurde sie von der Degenspitze eines der Kämpfenden an der Brust verwundet. Der Stoß wurde durch das Brustbein abgefangen. Eine andere Künstlerin sprang für die Verletzte ein. Man hofft, daß sie in einiger Zeit genesen sein wird.

Opfer und Helden der Arbeit. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Agfa-Farbenfabrik in Wolfen bei Dessau. Im Schwefelkohlenstoffbetrieb waren zwei Arbeiter mit dem Reinigen mehrerer außer Betrieb gesetzter Montiins beschäftigt. Durch ein Versehen soll in einen der Kessel Schwefelwasserstoff eingelassen sein. Der Arbeiter Albertin aus Bitterfeld wollte nun seinen mit dem Tode ringenden Kollegen aus dem drei Meter tiefen Kessel herausholen, fand aber dabei ebenfalls den Tod. Beide Arbeiter wurden nach 1½ Stunden als Leichen aus dem Kessel geholt. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Mit dem Auto in die Niagara-Fälle. Eine Frau Agatha Miller aus Buffalo in Ohio machte mit ihrem Gatten und mehreren Bekannten einen Ausflug von Buffalo aus zur Besichtigung der Niagara-Fälle. Man verließ das Auto in der Nähe der Eisenbahnbrücke, um zu Fuß den Weg zu den Fällen anzutreten. Frau Miller blieb allein in dem Wagen zurück. Wahrscheinlich hat sie versehentlich den Fahrhebel gezogen, denn plötzlich setzte sich das Auto in Bewegung und fuhr in immer schnellerem Tempo in der Richtung der Fälle davon. Vergebens bemühten sich mehrere beherzte Männer, es durch Ergreifen der Notbremse zum Stehen zu bringen. Der Wagen fuhr in rasender Fahrt dem Abgrund zu und stürzte in die Fälle, wo er auf den Klippen in einer Tiefe von etwa 70 Meter zerschellte.

Versammlungs-Anzeiger

Deutscher Metallarbeiterverband.
Heizungsmonteure und Installateure:
Sonnabend, den 16. Sept., abends 6 Uhr: Sitzung der Tarifkommission im Bureau Heveliuspfalz 1—2.

Jungsozialistengruppe.
Sonntag, den 17. Sept.: Fahrt nach Kladau. Treffpunkt: Hauptbahnhof morgens 5,40 Uhr.

Touristenverein „Die Naturfreunde":
Sonntag, den 17. Sept.: Ins Radaunetal. (Personalausweis.) Abfahrt: 5,30 Uhr, Hauptbahnhof. — Ins Schwarzwasser, 6,30 Uhr, Stockturm. —
Donnerstag, 21. Sept.: Vortrag über Gartenlesen.

Freie Turnerschaft Danzig.
Sonntag, den 17. Sept., 6,30 Uhr am Stockturm: Turnen zur Fähre und Schwarzwasser.

Allgemeiner Gewerkschaftsbund
Montag, den 18., abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Delegierten-Versammlung.

Danziger Nachrichten.

Warum ist das Brot so schlecht?

Zu dieser, wegen der besonders in diesen Tagen wieder zu verzeichnenden miserablen Beschaffenheit des Brotes, viel erörterten Frage wird uns vom Genossen Walter Joseph, Geschäftsführer des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren geschrieben:

In der Presse ist jetzt öfters die Absicht zum Ausdruck gekommen, durch wohlgemeinte Ratschläge und Fingerzeige eine Besserung in der Beschaffenheit des Brotes herbeizuführen. Diese Absicht ist im Interesse der Volksgesamtheit nur zu begrüßen und trägt der Presse sicher den Beifall aller derer ein, die verurteilt sind, das jetzige schlechte Brot, für welches obendrein noch ein Preis bezahlt werden muß, der sich durch die Beschaffenheit des Brotes durchaus nicht rechtfertigen läßt, zu essen. Mit dieser guten Absicht läßt sich jedoch eine Besserung nicht erzielen. Deshalb habe ich mich entschlossen, als Fachmann, den Gründen der schlechten Beschaffenheit und des Unterschiedes zwischen Marken- und markenfreiem Brot nachzugehen.

Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß das in regenreichen Sommern geerntete Getreide starken Wassergehalt besitzt, worunter die Beschaffenheit des Brotes natürlich leidet und ganz besonders dann um so mehr, wenn das Getreide auf dem Felde und wenn es naß eingebracht ist, zu keimen beginnt, wodurch wertvolle Bestandteile wie Kleber und Eiweiß zerstört werden und die Kraft des Mehles schwindet, um dann während des Backprozesses voluminös und porös, klitschig zu werden. Die Backkunst des Bäckers kann hier wohl durch fach- und sachgemäße Behandlung, wie Zusatz von Weizenmehl, entsprechende Sauerführung und so weiter viel bessern, jedoch nicht das Brot in alter Güte herstellen. Ganz irrig ist die Auffassung, daß die Bäcker zuviel Wasser in dem Brotteig verarbeiten, täten sie das, so würden sie sich durch Herstellung solchen Brotes mehr schaden als nützen. Die Herstellung ist nicht so, daß man zu einer bestimmten Mehlmenge ein recht großes Quantum Wasser zugießt, sondern umgekehrt, zu einer bestimmten Wassermenge muß soviel Mehl zugenommen werden, daß der Teig sich verarbeiten läßt. Es werden in diesem Jahre, um überhaupt ein einigermaßen genußfähiges Brot herzustellen, viel festere Teige gemacht als sonst üblich.

Nicht der Bäcker, sondern der Müller hat es in der Hand, eine Verbesserung herbeizuführen. Werden von dem schlechten Getreide die Kleieteile entfernt, so gewinnt das Mehl an Güte, das Brot wird besser. Beweis ist die Ausmahlung des markenfreien Mehles, sie beträgt 66—76 Prozent, die des Markenmehles zurzeit jedoch nicht unter 85 Prozent. Das heißt, daß fast die gesamte Kleie, die nicht viel besser wie Stroh ist, dem Mehl belassen wird, die Mahlung selbst hat dann obendrein während des Müllerstreiks auch noch viel zu wünschen übrig gelassen. Wo die Gründe für die schlechte Mehlbereitung liegen, entzieht sich meiner Kenntnis, zwei Möglichkeiten bestehen, entweder geschieht diese Ausmahlung auf Anordnung des Wirtschaftsamtes, weil nicht genügend Getreide vorhanden ist, und die Kleie als natürliches Streckungsmittel verwandt werden soll, oder zur Vergrößerung der Gewinnrate des Mühlenbesitzers. Trifft das erstere zu, dann wäre der Landwirt der einzige Schuldige, weil er seiner Ablieferungspflicht nicht nachkommt, dann wäre dort der Hebel anzusetzen. Trifft das letztere zu, nun, dann da kritisiert, wo es nötig ist, ungerecht ist es aber, alles aus alter Gewohnheit dem Bäcker in die Schuhe zu schieben, der an den Dingen doch nichts ändern kann. Dem Wirtschaftsamt könnte dann noch empfohlen werden, den Bäckern regelmäßig ein entsprechendes Quantum Weizenmehl als Zusatz zum Brotmehl zu liefern. Sobald hier der Hebel angesetzt wird, wird es auch mit dem Brot besser werden, die Klagen werden aufhören, und der Konsument braucht nicht mehr 30 Mark für schlechtes Kleiebrot bezahlen.

Eine Sitzung der Stadtverordneten

findet am Dienstag, den 19. September, nachmittags 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehen u. a.: Wahlen von Bezirksvorstehern, Armen- und Waisenpflegern, eines Ausschusses von 14 Stadtverordneten zur Bekämpfung der steigenden Not der armen Bevölkerung und eines Ausschusses für die Verwaltung des Jugendhauses in der Reiterkaserne, Erhöhung der Krangebühren, Erhöhung der Schankkonzessionssteuer, Erhöhung der Schlachthofgebühren, Erhöhung des Tarifs an der Mischpeter-Fähre, Erhöhung der Tarife für die Benutzung der elektrischen Straßenbahn, Entwurf einer Steuerordnung über die Erhebung von Abgaben zum Wohnungsbau, Bewilligung von Mitteln zur weiteren Förderung der Neubautätigkeit, Erhöhung des Schulgeldes an den städtischen höheren Schulen, Theaterangelegenheit, Bewilligung von 60 Millionen Mk. zur weiteren Beschaffung von Wohnungen, Erste Lesung folgender Haushaltsplane für 1922: des Arbeitsamtes, des Elektrizitätswerkes, der Kanalverwaltung, der Gartenverwaltung, der Handelsanstalten. Anschließend geheime Sitzung.

Polnische Paßrepressalien.

Seit einigen Tagen werden Danziger Staatsangehörige, deren Paß älter als ein halbes Jahre ist, in dem Dirschauer Bezirk am Grenzübergang nach Polen verhindert und zurückgeschickt. Diese Maßregel bedeutet eine Verletzung der Bestimmungen des zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen abgeschlossenen Abkommens vom 24. Oktober 1921, welches eine Befristung der Personalausweise nicht kennt. Da von der polnischen diplomatischen Vertretung mehrfach betont worden ist, daß Personalausweise nach dem Abkommen vom 24. Oktober 1921 einen Fristvermerk überhaupt nicht zu enthalten brauchen, also unbeschränkte Gültigkeit hätten, kann die Maßnahme der polnischen Behörden nur als eine Repressalie dafür gelten, daß Danzig solche polnischen Ausweise, die einen Gültigkeitsvermerk tragen, welcher bereits abgelaufen ist, nicht als Personalausweise anerkennen kann, weil diese Ausweise sich selbst für ungültig erklären. Der Senat hat die nötigen Schritte unternommen, um die Rücknahme der polnischerseits angeordneten Maßnahme auf schnellstem Wege zu veranlassen.

Erhöhung des Schulgeldes bei den höheren Schulen. Eine 200prozentige Erhöhung des Schulgeldes für die höheren und Mittelschulen, Handels- und höheren Handelsschulen, städtische Fortbildungsschule und Handwerkerschule beantragt der Senat bei der Stadtverordnetenversammlung. Für auswärtige Schüler ist ein 50prozentiger Zuschlag vorgesehen. Die Erhöhung soll am 1. Oktober in Kraft treten. Die Schulgeldsätze bei den staatlichen höheren Schulen werden von demselben Zeitpunkt ab in der gleichen Weise erhöht. Die Bestimmungen über ganze und halbe Freischulstellen bleiben unberührt. Begründet wird die Heraufsetzung der Schulgelder mit der Markentwertung. Bei Annahme des Antrages würde sich eine Mehreinnahme von rund 5,3 Mill. Mark ergeben.

Erhöhung der Wohnungsbauabgabe.

Die erhöhte Wohnungsabgabe, die 100 Prozent der Friedensmiete beträgt, wird mit Wirkung vom 1. Juli in Danzig erhoben werden. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine dementsprechende Vorlage des Senats zugegangen. Lehnt die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage ab, hat der Staat das Recht, die Abgabe zu erheben. Bisher wurden in Danzig 20 Prozent Wohnungsabgabe erhoben.

*

60 Millionen Mark für Wohnungsbau.

Durch die Erhöhung der Abgaben zum Wohnungsbau fließen der Stadtgemeinde Mittel zu, die ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbaues und zu Siedlungszwecken zu verwenden sind. Bisher sind von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt: Am 6. September 1921 80 000 000 Mark; am 7. März 1922 50 000 000 Mark. Nunmehr beantragt der Senat die Bewilligung von weiteren 60 Millionen Mark und zwar zur Fortführung der in der Herstellung begriffenen Bauten. Die Höhe dieser Nachforderung soll durch die steigenden Löhne und Materialpreise während der Bauzeit sowie durch den Umfang des Bauvorhabens begründet sein. Im Bau befinden sich z. Zt. 609 Wohnungen, davon 433 durch die städtische Bauverwaltung und 176 Wohnungen von Genossenschaften und Einzelpersonen mit städtischen Beihilfedarlehen ausgeführt werden. Daneben sind Arbeiten zur Herrichtung baureifen Geländes unternommen. Zur Fertigstellung der begonnenen Arbeiten soll die beantragte Summe und zwar im einzelnen wie folgt verwendet werden: 180 2-Zimmerwohnungen am Labesweg 5 000 000 Mark, 7 2-Zimmerwohnungen in Brösen 500 000 Mark, 4 3-Zimmerwohnungen am Königstalerweg 6 500 000 Mark, 114 2-Zimmerwohnungen am Brösenerweg 8 000 000 Mark, 10 2-Zimmerwohnungen Zigankenberg (Lehmpatzen) 400 000 Mark, 56 3-Zimmerwohnungen am Bärenweg II 8 600 000 Mark, 50 4-Zimmerwohnungen Zigankenberg 8 600 000 Mark, Erdarbeiten Gr. Molde 800 000 Mark, an der Kl. Molde 800 000 Mark, neben dem Barbarakirchhof 80 000 Mark, auf Zigankenberg 150 000 Mk., am Königstalerweg 800 000 Mark, nördlich der Blindenanstalt, 2. Rate, 200 000 Mark, Beihilfedarlehn für Genossenschaften und Einzelpersonen 28 000 000 Mark, zum Ausgleich bei weiteren Ueberschreitungen 2 070 000 Mark, insgesamt 60 Millionen Mark. Der Bauausschuß habe diesem Antrag bereits zugestimmt.

*

10 Millionen Mark für Straßenausbau

beantragt der Senat bei der Dienstag zusammentretenden Stadtverordnetenversammlung, da die bisher zur Verfügung stehenden 8 Millionen Mark für diesen Zweck nicht ausreichen. Es ist geplant: Ausbau des Hildebrandtweges, Herstellung von drei Stichstraßen zwischen den Straßen Troyl und Schaderuthen, Einbau von Schmutzwasserkanälen in der Ostseestraße, Ringstraße, Brösener Weg, Berührung der Mörtelstraße, Ausbau der Eichenallee von Ziegelstraße bis Mörtelstraße, Straßen zur Aufschließung des Geländes am Kassubischen Weg und Opitzstraße. Der Bauausschuß hat der Vorlage zugestimmt.

Verdoppelung der Straßenbahnfahrpreise.

Die am Dienstag nächster Woche zusammentretende Stadtverordnetenversammlung wird über eine 100prozentige Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise zu beschließen haben. Auch die Preise für Zeitkarten sollen in dem gleichen Maße erhöht werden. Die erhöhten Preise sollen ab 20. September in Kraft treten. Eine Erhöhung der Preise für Schülerkarten ist nicht vorgesehen. Weiter schlägt der Senat vor, den Betrieb auf der Linie Marktplatz Langfuhr—Kurve ab 1. Oktober wieder einzustellen.

In der Begründung der Vorlage heißt es: Die Kosten des Betriebes der Straßenbahn haben seit der letzten Erhöhung am 1. Juni d. Js. eine weitere beträchtliche Steigerung erfahren. Nach einer von der Direktion der Straßenbahn aufgestellten Nachweisung betragen die Gesamtausgaben für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1922 50 472 871 Mk. Die Einnahme wird mit 17 926 689 Mk. angegeben, so daß 32 545 682 Mark durch den Bahnbetrieb in der Zeit vom 15. 9. bis 31. 12. 1922 zu decken bleiben.

Bei einer 100prozentigen Erhöhung ab 20. September würden noch 1 828 427 Mk. zu decken bleiben. Durch die Stillegung der Linie Langfuhr Markt—Kurve sollen 1 Million Mark erspart werden. Der jährliche Zuschuß dieser Strecke ist auf 4 Millionen Mark errechnet worden. Der ungedeckte Fehlbetrag würde dadurch auf 808 427 Mk. reduziert werden.

Ein Volkskonzert zum Besten der Altershilfe veranstaltet der Freistaat-Sängerbund unter Mitwirkung der Kapelle der Schutzpolizei am Sonntag, d. 17. d. M., von 11—12½ Uhr mittags im Gutenberghain, Langfuhr. Es ist ein auserwähltes Programm zusammengestellt. Unter Fortfall des Eintrittsgeldes werden freiwillige Spenden gesammelt.

Der Besitzer einer Ledertasche gesucht. Am 11., gegen 8 Uhr abends, wurden zwei Arbeiter von einer Streife der Schutzpolizei in der Werftgasse mit einer großen braunen Lederhandtasche angehalten. Sie gestanden schließlich ein, die Tasche auf dem hiesigen Hauptbahnhof einer nach Warschau reisenden Familie, deren Gepäck sie vom Bahnsteig in den Warschauer Zug bringen sollten, gestohlen zu haben. Die bestohlene Familie hat sich bisher nicht ermitteln lassen. Die Täter wollten die Tasche, deren Inhalt sie geteilt hatten, an Engländer verkaufen.

Zur Erhaltung des Stadttheaters

beantragt der Senat bei der Stadtverordnetenversammlung, den städtischen Zuschuß um 4 Mill. auf 5 750 000 Mark zu erhöhen. Zur Begründung wird angeführt: Die den Mitgliedern des Stadttheaters vor 3 Wochen bewilligten Gagen und Vergütungen sind durch die seitdem eingetretene Markentwertung und die ihr folgende Verteuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände völlig unzulänglich geworden so daß eine Teuerungszulage mit Wirkung vom 15. August d. J. ab erforderlich ist, um die Mitglieder des Stadttheaters aus wirtschaftlicher Not zu befreien. Eine weitere etwa 6 900 000 Mark einbringende Erhöhung der Eintrittspreise um 50 Prozent vom 1. Oktober d. Js. ab ist in Aussicht genommen, um den Hauptteil der entstehenden Mehrausgaben zu decken. Eine weitere Erhöhung der Eintrittspreise ist jedoch nach Ansicht des Senats noch nicht möglich. Es fehlen sodann noch mindestens 4 Mill. Mark, um die für erforderlich gehaltene Teuerungszulage und die sächlichen Mehrkosten (Heizung, Beleuchtung, Druckkosten usw.) zu bestreiten. Der Senat schlägt daher vor, den städtischen Zuschuß um vier Millionen Mark zu erhöhen. Die Mittel sollen durch die erhöhten Einnahmen an städtischer Lustbarkeitssteuer aus dem Betriebe des Stadttheaters selbst eingebracht werden.

Senats-Vertretung. Senator Krause ist vom 14. September bis 1. Oktober beurlaubt. Sein Vertreter ist Senator Fuchs II.

Plucinski als Sejmkandidat. Wie aus Warschau gemeldet wird, steht der polnische Vertreter in Danzig Plucinski als erster auf der Liste der Christlichnationalen für den Wahlbezirk 20 (Dirschau, Berent, Karthaus, Neustadt, Putzig.) Diese Aufstellung Pl. läßt erneut damit rechnen, daß trotz des polnischen Dementis ein Wechsel in der bisherigen diplomatischen Vertretung erfolgt.

Die Schlachthofgebühren sollen nach einer Vorlage der Stadtverordnetenversammlung mit sofortiger Wirkung um 100 Prozent erhöht werden.

„Um sich zu vervollkommnen" stahl der Schlosser Alex L. mittels Einbruchs auf dem Holmspeicher, wo er beschäftigt war, 192 wertvolle wissenschaftliche Bücher im Werte von 100 000 Mark. L. wurde von der Kriminalpolizei ermittelt, festgenommen und dem Gericht zugeführt. Die Bücher wurden in seiner Wohnung gefunden und der bestohlenen Firma ausgehändigt.

Als vermutlich gestohlen angehalten wurden 182 Pack Feintabak à 50 Gramm, 14 000 St. Zigaretten. Interessenten können sich melden beim Kommando der Schutzpolizei, Abt. B. 2, Langfuhr, Hauptstraße 71 c.

Polizeibericht vom 15. September 1922. Festgenommen 18 Personen, darunter 8 wegen Diebstahls, 1 wegen schwerer Körperverletzung, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Bechprellerei, 1 wegen Konterbande, 1 wegen groben Unfugs, 1 wegen Bettelns, 1 wegen Uebertretung, 7 in Polizeihaft, 1 obdachlose Person.

Politische Nachrichten.

Warschau und Bukarest.

Die kleinen baltischen Staaten sind mindestens in wirtschaftlicher Hinsicht auf die Dauer zu einer Sonderexistenz nicht imstande; sie werden im eigenen Interesse früher oder später sich wieder enger mit Rußland verbinden. Die Abtrennung Finnlands, das bis in die letzte Zeit vor dem Kriege in Verwaltung, Zoll, Geldwesen eine Sonderstellung hatte, wird Rußland verschmerzen. Nie wird aber ein erstarktes Rußland auf den Versuch verzichten, Polen seine rein russischen östlichen Grenzmarken und Rumänien Bessarabien wieder abzunehmen.

Das weiß man in Warschau und Bukarest ganz genau, und daher ist das polnisch-rumänische Bündnis das erste der Bündnisse gewesen, die nach Pilsudskis Plan eine antirussische Föderation der Randstaaten bilden sollten. Aus den übrigen Bündnissen ist freilich bisher nicht viel geworden, da der nationaldemokratische russophile Chauvinismus in Polen Pilsudskis Politik bewußt durchkreuzt und statt dessen eine antideutsche Einstellung Polens propagiert hat. Aber im Zusammenhang mit der tschechisch-polnischen Spannung wird gerade in diesen Tagen ein wichtiger Schritt im Sinne der alten Pilsudski-Politik getan: Pilsudski ist nicht nur vom Außenminister, sondern auch von einigen höheren Offizieren begleitet, nach Bukarest gereist.

Diese Reise hat einen besonders pikanten Beigeschmack, weil sie kurz nach der Prager Konferenz erfolgt, die — wieder einmal! — Polens Beziehungen zur Kleinen Entente feststellen sollte. Dies ist nicht gelungen, und ob es nachträglichen Bemühungen, beispielsweise bei der Völkerbundstagung in Genf, gelingt, ist sehr die Frage. Wohl aber zeigt der schon vorzeitig begrüßte Vierbund einen bedenklichen Riß: Polen und Rumänien, gegen Rußland verbündet, auf der einen, die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien, — beide deutlich russophil — auf der andern Seite. Dieser Riß wird dadurch vergrößert, daß Polen von jeher ungarnfreundlich war und zwischen Rumänien und Ungarn neuerdings sich Fäden spinnen, während doch der tiefere Zweck der Kleinen Entente Benesch's die dauernde Niederhaltung Ungarns ist.

In diesem Zusammenhang gewinnt die polnisch-rumänische Annäherung größere Bedeutung; munkelt man doch heute schon in Warschau und in Krakau von einem polnisch-rumänisch-ungarischen Block. Für Europa würde diese Entwicklung sicherlich manches Erfreuliche bieten.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

(Festgestellt um 12 Uhr mittags.)

Polnische Mark	20,—	am Vortage	—
Amer. Dollar	1410	„ „	—
Englisches Pfund	6000	„ „	—

Togal

hervorragend bewährt bei

Gicht | Grippe
Rheuma | Hexenschuß
Ischias | Nervenschmerzen

Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. In allen Apotheken erhältlich. Best. 64,3 % Acid. acet. salic., 0406 % Chinin, 12,6 % Lithium, auf 100 Amylum. Ausführl. Broschüre gratis u. franko Fabrik Pharmacia, München 27.

Volkswirtschaftliches.

Die Eisenerzgewinnung in Deutschland.

Deutschlands Eisenerzproduktion erfreute sich vor dem Kriege eines sehr guten Standes. Noch im Jahre 1917 wurden im eigenen Lande rund 27 Millionen Tonnen Eisenerz gefördert. Die hochentwickelte Eisenindustrie konnte trotzdem ihren Bedarf aus dem inländischen Erzbergbau bei weitem nicht decken. Im Jahre 1913 sind über 14 Millionen Tonnen fremdes Eisenerz nach Deutschland eingeführt. In erster Linie aus Schweden, ferner aus Frankreich und Spanien; ferner 125 000 Tonnen Roheisen und viele Tausend Tonnen Eisenbahnschienen. Das Friedensdiktat von Versailles hat Deutschlands viel zu kleine Eisenbecken noch mehr verkürzt. Durch den Verlust von Elsaß-Lothringen ist die Eisenerzproduktion im Jahre 1920 auf 6,8 Millionen Tonnen, also ein Viertel der früheren zurückgegangen. Inzwischen ist durch die Wegnahme Oberschlesiens auch noch der Hauptteil der südöstlichen Eisenerzproduktion ausgefallen. Deutschland ist heute ein Land, dessen große Eisenindustrie in der Hauptsache auf fremde Erze angewiesen ist.

Vor dem Kriege hat Deutschland — ohne auf ausländisches Eisen und Eisenhalbprodukte — rund 40 Millionen Tonnen Eisenerz verarbeitet. Im Vorjahre standen dem Lande höchstens 6 Millionen Tonnen Eisenerz zur Verfügung. Dazu konnten noch 1,8 Millionen Tonnen ausländisches Erz eingeführt werden. Das ist der vierte Teil der Menge des Eisenerzes, das Deutschland früher verarbeiten konnte. Daraus erklärt sich auch die große Zahl stillgelegter deutscher Hochöfen. Vielfach mußte man — zwangsläufig in der Hauptsache aus Valutagründen — die Einfuhr fremden Roheisens stark vermindern. (1913: 125 Millionen Tonnen, 1920: 98 Millionen Tonnen, 1921: 39,7 Millionen Tonnen.) Dieser Rückgang der Eisenindustrie hat auf den deutschen Ausfuhrhandel, der die Mittel zum Einkauf anderer wichtiger Güter aus dem Ausland geben soll, verheerend gewirkt. Im Jahre 1917 konnte an Eisen und Eisenwaren 6,399 Millionen Tonnen ausgeführt werden; 1921 aber nur 2,890 Millionen Tonnen. Deutschland ist als Land der Eisenindustrie stark aufgebrachtreten, weil man ihm zu wenig Rohstoffe im eigenen Lande gelassen hat. 1917 stand es in der Reihe der Eisenerzproduktionsländer voran; nur Amerika rangierte vorher; heute steht es hinter Amerika, Frankreich und Großbritannien ein gutes Stück zurück.

Die Ausbeutung Sibiriens. Aus London wird gemeldet, daß ein Abkommen zwischen der Sowjetregierung und der englischen Gesellschaft „Russo Asiatic Corporation" großes Aufsehen erregt habe. Danach ist die Konzession in Sibirien an die „Russo-Asiatic" zur Verwertung übergeben. Von dieser Gesellschaft ist die deutsche Industrie durch Krupp beteiligt. (Eine Beteiligung Stinnes ist seinerzeit gescheitert.) Die Konzessionen erstrecken sich auf große Wald- und Erzbergwerksgebiete, über die die private Gesellschaft durch einen Pachtvertrag auf 99 Jahre die Herrschaft erhält, während das Eigentum dem russischen Staate bleibt. Auch die Goldproduktion soll in diesen Gebieten von der „Russo-Asiatic" wieder in die Höhe gebracht werden. Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, bereits in den nächsten Jahren für 25 Millionen Goldrubel Kupfer und Gold zu fördern.

Die Fortschritte des Flugzeugs. Der Vergleich des gegenwärtig stattfindenden Rundfluges um Großbritannien mit dem im Juli 1911 vollendeten Flug zeigt mit eindringlicher Deutlichkeit, welche Fortschritte das Flugzeug in den letzten zehn Jahren gemacht. An dem Rundflug 1911 nahmen 19 Bewerber teil, die verschiedenen Nationalitäten angehörten. Nicht weniger als 15 dieser Flugzeuge erlitten unterwegs eine Panne, und nur 4 legten die ganze vorgeschriebene Strecke zurück. Die schnellste der am Wettflug 1911 teilnehmenden Maschinen erreichte eine Stundengeschwindigkeit von rund 119 Kilometer, während die langsamste beim diesjährigen diese Schnelligkeitsleistung um mindestens 25 Kilometer übertraf und die schnellste eine Geschwindigkeitsleistung von 5 Kilometer in der Minute aufwies.

Kleine Nachrichten.

Gleitflug über den Aermelkanal. Der englische Hauptmann Horne, ein bekannter Flieger der Daimler-Luftschiffgesellschaft, plant einen Gleitflug über den Aermelkanal zu unternehmen. Bei seinen täglichen Fahrten über den Kanal mit dem großen Daimler-Flugzeug hat er die Luftströmungen dort gründlich studiert. Horne will in der Gegend von Dover aufsteigen und auf der anderen Seite des Kanals bei Kap Gris Nez landen.

Weltumsegelung in zwei Jahren. Die Yacht „Fidra" ist nach vollendeter Weltumsegelung in Karlskrona (Schweden) wieder angelangt. Die Yacht verließ Karlskrona am 25. September 1920.

Die Not der Theater. Nachdem kürzlich das Residenztheater in Hannover von einer Automobilfabrik, die das Theater in eine Autogarage umwandeln will, gekauft worden ist, soll jetzt nach einer Meldung des „Tageblatts" auch das Deutsche Theater in Hannover verkauft worden sein. Das Theater soll in ein Varieté umgewandelt werden. Hannover wird infolgedessen nur noch eine Bühne, das Städtische Opern- und Schauspielhaus, haben.

Straßen aus Gummi und Glas. In London werden jetzt Straßen aus Gummi gebaut, und damit wird eine ganz neue Form der Pflasterung geschaffen, die sich für Pferde wie für Kraftwagen gleich gut eignen soll. In erster Linie soll das Geräusch des Verkehrs dadurch auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Man behauptet auch, daß der Gummiblock eine Lebensdauer von etwa 15 Jahren mehr als Pflasterung haben wird, also etwa doppelt soviel wie die Holzpflasterung. In ihrem Bestreben, ein vorzügliches Straßenmaterial zu finden, haben die Ingenieure mit den verschiedensten neuen Stoffen Versuche angestellt, darunter auch mit Eisen, Glas und Kork. Glas ist besonders von französischen Straßenbauern als Pflasterung benutzt worden. Dieser Stoff besitzt große Vorteile und eine hervorragende Widerstandskraft. Die Pflasterblöcke werden aus einer ähnlichen Glasart hergestellt, aus der die gewöhnlichen Flaschen bestehen; ja, man benutzt geradezu zerbrochene alte Flaschen und sonstige Glasreste dafür. Dieses Glas, das unter sehr hohem Druck hergestellt wird, hat eine rauhe Oberfläche, so daß jedes Ausgleiten ausgeschlossen ist, und ist außerordentlich dauerhaft; es widersteht einem Druck von vier Tonnen auf den Quadratzoll. Andere Ingenieure haben Pflasterblöcke aus Kork hergestellt; sie weisen ähnliche Vorzüge wie der Gummi auf, sind undurchlässig, dauerhaft, gesund, nicht glitschig und erzeugen keinen Lärm. Die Verwendung von Eisen in Verbindung mit Beton ist ebenfalls als Pflasterung mit gutem Erfolg angewendet worden. So hat man einen solchen „Panzerweg" von Laon aus geschaffen, auf einer Strecke, auf der besonders schwere Lasten befördert werden. Die Verwendung solcher neuartigen Materialien ist vor allem bei Verkehrsstraßen notwendig, an die ungewöhnliche Anforderungen gestellt werden.

Wasserstandsnachrichten am 15. September 1922.

	13. 9.	14. 9.				
Zawichost	+ 1,35	+ 1,37	Kurzebrack	+ 0,76	+ 0,98
	13. 9.	14. 9.	Montauerspitze	+ 0,20	+ 0,35
Warschau	+ 1,38	+ 1,30	Piechel	+ 0,10	+ 0,28
	12. 9.	13. 9.	Dirschau	+ 0,24	+ 0,40
Plock	+ 0,75	+ .	Einlage	+ 2,18	+ 1,94
	14. 9.	15. 9.	Schiewenhorst	+ 2,38	+ 2,28
Thorn	+ 0,77	+ 0,82	Nogat:		
Fordon	+ 0,58	+ 0,72	Schönau O. P.	+ 6,56	+ 6,58
Culm	+ 0,41	+ 0,64	Galgenberg O. P.	+ 4,60	+ 4,61
Graudenz	+ 0,47	+ 0,74	Neuhorsterbusch	+ 2,26	+ 2,26
			Anwachs	+ .	+ .

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; Inserate Anton Fooken, Danzig. Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Kenner fordern Kühne's Mostrich! (7138)

Amtliche Bekanntmachungen.

Die in der Gemarkung Löblau liegenden Grundstücke an der Radaune in der Gesamtgrundfläche von 130,4510 ha sollen in 10 Losen vom 1. Januar 1923 ab auf 3 Jahre zu den bei uns ausliegenden Bedingungen am 22. September 1922 vorm. 10 Uhr in unserer Geschäftsstelle, Artil.-Kaserne Hohe Seigen, Zimmer 85, öffentlich verpachtet werden.

Danzig, den 11. September 1922. (7237

Der Senat.
Abtlg. Betriebe, Verkehr und Arbeit.
Amt für Elektrizitäts- und Wärmewirtschaft.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Freitag, den 15. Septbr., abds. 6½ Uhr: Dauerkarten A 1.

Lohengrin

Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.
Szenische Leitung: Julius Brischke.
Musikalische Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.

Preise wie bekannt. Ende gegen 10½ Uhr.

Sonnabend, den 16. Septbr., abends 7 Uhr: Dauerkarten B 1. Ermäßigte Schauspielpreise. „Romeo und Julia". Trauerspiel.

Sonntag, den 17. September, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Undine". Romantische Oper.

Montag, den 18. September, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1. „Rose Bernd". Schauspiel.

Wilhelm-Theater

Das Tagesgespräch!
von Danzig ist
Sylvester Schäffer!!
der weltberühmte Universalkünstler
und das große
Weltstadt-Programm!
Anfang 7½ Uhr.
Vorverkauf bei Gebr. Freymann.

LIBELLE:
Bier-Kabarett anschl. Wein-Kabarett

Ufa — U.T Licht-Spiele — Ufa (7234)
Heute! Das große Prachtprogramm!
Sodoms Ende!
Fünf ergreifende Akte nach dem gleichnamigen Drama von Hermann Sudermann.
Hauptrollen:
Grete Freund — Erna Morena — Hans Junkermann
Eine Regie-Glanzleistung von Felix Basch.
Ferner:
Die Verlobungsreise
Lustspiel in 2 Akten.
Und
Chaplin plagt die Eifersucht
Groteske mit Charlie Chaplin.
Vorführung 4, 6, 8 Uhr.

Odeon — Eden! — Dominikswall — Licht-Spiele — Holzmarkt
Einen besonderen Kunstgenuß bietet Ihnen diese Woche unser glänzendes Weltstadt-Programm.
Lee Parry
die temperamentvolle und schönste Schauspielerin in dem neuesten Eichberg-Film:
Die Tochter des Wucherers
Großes Schauspiel in 6 Akten
In den Nebenrollen:
Rudolf Klein-Rohden — Aruth Wartan
Olaf Storm — Syma Delmar — Max Wopritsch
Ferner: (7235)
Maciste
der stärkste Mann d. Welt in dem Sensationsdrama
Maciste und die Javanerin
Sensationeller Abenteuerfilm in 6 Akten.
Mitwirkende:
Carola Toelle — Arnold Korff — Manja Tratschewa
„Man soll es nicht für möglich halten" ist der Untertitel dieses Films und mit Recht, denn wenn Sie schon viel gesehen haben, so übertrifft Maciste hier an sensationellen Leistungen alles bisher gezeigte.
In beiden Theatern verstärktes Orchester!

Turngeräte aller Art
kauft Arbeiter-Turn- und Sportverein „Jahn", Praust. Angebote an B. Boß, Praust, Mörtelstraße 7. (+

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55 (7236
Achtung! Nur bis einschl. Montag! Achtung!
EDDIE POLO in
„Seepiraten"
Ein Kampf von Leben, Liebe und Ehre in 9 Episoden ... 36 Akten
II. Episode: „Verborgene Gefahren"
Amerikanischer Sensationsfilm in 6 Akten.
Der Mord in der Greenstreet
Abenteuer-Film in 5 Akten
In der Hauptrolle: Lil Dagover.
Lustspiel - Einlage.
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Kupferschmiede-Lehrlinge gesucht.
Paul Neubächer, Apparate-Bauanstalt, Danzig, Schuitensteg 2. (7230

Zeitungsträgerinnen
für die Stadt von sofort gesucht.
Exp. Danziger Volksstimme
Am Spendhaus 6.

Tüchtige **Schlossergesellen, Arbeitsburschen, Lehrlinge** stelle bei tarifmäßigem Lohn ein. Langfuhr, Heiligenbrunn Weg 25

Schlosser- und Schmiede-Lehrlinge stellt unter günstigen Lehrbedingungen bei Fahrtvergütung ein (7218 Ottoner Maschinenfabrik und Dampfsägewerk A.-G., Ottva.

Laufbursche oder -mädchen gesucht. Danziger (7237 Allgem. Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Ankerschmiedegasse 15.

Schneiderinnen gesucht. H. Wischer, Modistin, Zoppot, Seestraße 47a. (7236

Jüngerer **Buchbindergehilfe** wünscht Beschäftigung. Zu erfragen Kl. Schwalbengasse 7 pt., rechts. (+

Junger Mann (Invalide), 20 Jahre alt **sucht Beschäftigung** ganz gleich welcher Art. Angeb. unt. V. 757 an die Exped. d. Volksstimme. (+

Kontoristin deutsch u. polnisch sprechend, sucht Nebenbeschäftigung f. die Abendstunden. Angebote unt. E 732 a. d. Exped. d. Volksstimme. (+

Ein 2-rädriger **Handwagen** zu verkaufen. Schichaugasse 2b, Hth. ptr. l. (+

1 Damenmantel (schwarz), 1 Kostümjacke (blau), gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Fehrenbach, Jakobsneugasse 4/5, 2. (+

Messing-Krone (3-Damm.) für elektr. Licht, zu verkaufen. Zigar.-Geschäft, Gr. Bäckerg. 5. (+

Mittelgroßer, **wachs. Hund** zu verkaufen. Voelkner, Zapfengasse 13 pt. (+

Große National-Registrierkasse zu kaufen gesucht. Angeb. unter E. 783 a. d. Exped. der Volksstimme. (+

Kleiderschrank (2 Türen) zu kauf. gesucht. Ang. unt. E. 217 an d. Exp. der Volksstimme. (+

Fenstervorhänge z. kaufen ges. Ang. u. E 780 a. d. Exp. d. Volksst. (+

Gut erhaltener **Kinderwagen** zu verkaufen. (+ Schlicht, Hansaplatz 8.

4-rädriger **Handwagen** (3—5 Ztr. Tragfähigkeit) zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. D. 745 an d. Exped. d. Volksstimme. (+

Rouleau zu kaufen gesucht. Angeb. unter V. 742 a. die Exped. der Volksstimme. (+

Fahrrad gut erhalt., zu kauf. ges. Angeb. unt. E. 751 an die Exped. d. Volksstimme. (+

Bernsteinketten zu kaufen gesucht. Offerten unt. E. 782 an die Exped. der Volksstimme. (+

Schlafzimmer möbel z. kaufen ges. Ang. u. E 778 a. d. Exp. d. Volksst. (+

Ein gut erhaltener **Büroschreibtisch** mit Platte und Aufsatz preisw. zu verkaufen bei M. Hahnke, (+ Grüner Weg 6, 2 Tr.

Alte Singer- oder Pfaff-**Nähmaschine** zu hoh. Preise zu kauf. gesucht. Nur von Privat. Offert. unter V. 765 an die Exped. d. Volksstimme. (+

Gute Möbel zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. E. 762 a. d. Exped. d. Volksstimme. (+

Großer Handkoffer Leder, zu kaufen gesucht. Angeb. unt. E. 785 an die Exped. d. Volksstimme. (+

Harmonium, klein. Schränkchen und Rodelschlitten zu kaufen gesucht. Offert. unter 753 an die Exped. der Volksstimme. (+

Nähmaschine zu kaufen gesucht. Angeb. unter E. 759 a. d. Exped. der Volksstimme. (+

Gut möbl. Zimmer in Danzig oder Langfuhr gesucht. Ang. unt. E. 775 a. d. Exp. d. Volksstimme. (+

Möbliertes Zimmer mit Küchenanteil von jung. Ehepaar zum 1. Oktober zu mieten ges. Ang. u. E 774 an die Exped. d. Volksst. (+

Möbl. Wohnung fortzugsh. z. vermiet. Ang. unt. E 771 an die Exp. der Volksstimme. (+

Kleine leere Stube zu mieten gesucht. Angeb. unter E. 747 an die Exped. der Volksstimme. (+

Grundstückskauf! Wir Käufer von Grundstücken und Häusern und erbitte Angeb. u. E 760 an die Exped. d. Volksst. (+

100–150000 M. an erster Stelle als Hypothek gesucht. Angebote unter E 776 an die Exped. der Volksstimme. (+

Wer arbeitet Knaben-Anzüge? Offert. unt. V. 741 an die Exped. d. Volksstimme. (+

Erfolg sicher durch Gassner's Hühneraugen-Pasta
Waldemar Gassner Danzig Altstädt. Graben 93
Drogerie Ketterhagergasse 3. Stern-Droger. Langgart. 111. Hansa-Droger. Poggenpfuhl 1 (7158)